

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 268.

Dienstag, den 15. November 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Des Buftages wegen erscheint die nächste Nummer dieses Blattes am Donnerstag nachmittag.

Wählereien gegen das Reichstagswahlrecht.

Die Volksfeinde sind eifrig bemüht, ihre verfahrenere Situation aufzubessern. Dabei sind sie aber unter einander sehr verschiedenen Sinnes über das Wie der Errettungsmöglichkeiten. Die einen wollen es mit etwas Liberalismus versuchen. Sie sagen den arbeitenden Volksschichten, daß die unheilvolle Politik der Konservativen und des Zentrums bekämpft und wieder gut gemacht werden solle. Aber sie finden kein Vertrauen in der Bevölkerung, weil sie sich in der Zeit des Reichskanzlers Bismarck so unfähig feig und unzuverlässig erwiesen haben, weil sie sich als politische Narren bewährt haben, die ein geschickter Theaterpolitiker, wie Bismarck einer war, spielend beirigen konnte. Andere von den Liberalen — und dahin gehört der ganze „Nationalliberalismus“ — betreiben ihre Opposition gegen das jetzige Reaktionsregiment überhaupt nur darum, weil sie selbst durch Junker und Heilige von der Macht ausübung zurückgedrängt und ausgeschaltet wurden. Sie hatten im Jahre 1907 gewählt, die erste Stütze in der deutschen Politik spielen zu dürfen. Daß sie dann unansehnlich vor die Tür gesetzt wurden und armselig vor den Türen betteln müssen, erfüllt sie mit Groll. Das deutsche Volk in seinen breiten Schichten weiß aber nur zu gut, daß dieser nationalliberale Groll an dem Tage sich in eitel Sanftmut verwandelt, an dem die Nationalliberalen die Erlaubnis erhalten, wieder an der Regierungstafel zu schmausen.

Da also das liberale Bühnen im Volksgunst versagt, wie es sich bei den Reichstagswahlen zeigte, so drängen sich immer häufiger und heftiger diejenigen vor, die alles Heil in der Gewaltspolitik erblicken. Man hofft auf Straßenunruhen, auf irgendwelche leidenschaftliche Handlungen der Arbeiter. Man sucht jedes geringfügigste Vorkommnis zur Staatsaktion aufzubauschen. Man macht Riesenprozesse gegen „Unruhestifter“. So soll die Bevölkerung erschreckt und wieder in die Hürden der friedlichen Staatsbürgerei zurückgeholet werden. Zugleich aber droht man auch mit neuen Ausnahmegeetzen, mit gefeherberischen Bestimmungen zum Schutze der „schwerbedrohten Arbeitwilligen“ und schließlich, wenn alles nichts hilft, mit Verschlechterung des Reichstagswahlrechts.

Es muß sorgfältig beachtet werden, daß jetzt fortwährend Artikel in den reaktionären Zeitungen und Schriften erscheinen, die Stimmung gegen das Grundrecht des Volkes zu machen suchen. So wird jetzt in konservativen und rechtsnationalliberalen Blättern eine Schrift des Dr. Lohjan angepriesen, die unter dem nicht mehr ungewöhnlichen Titel „Die sozialdemokratische Gefahr“ einherstolzisiert. In dieser Schrift wird, wie es sich versteht, die Sozialdemokratie der schneidlichsten Verbrechen beschuldigt; durch ihre Agitation sei eine erschreckende Verwilderung und Verrohung in der Arbeiterjugend eingebracht u. s. f. Der eigentliche Zweck der Schrift ist aber, wie die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“, das nationalliberale Scharfmacherblatt, zustimmend hervorhebt, nicht das sozialdemokratische Sündenregister, sondern „das Generalregister der Sünden, die von der Regierung, den Parteien und der Gesellschaft gegenüber den Genossen begangen worden sind“. Seit Bismarck, so führt der Dr. Lohjan aus, sei kein grundsätzlicher Kampf mehr gegen die Sozialdemokratie geführt worden. Bismarcks Nachfolger hätten sich im Zickzackkurs bewegt, sie hätten Umsturzvorlage und Arbeitswilligengesetz eingebracht, aber nach deren Ablehnung auf weitere Verfolgung dieser richtigen Politik verzichtet. Das müsse jetzt anders werden. Lohjan fährt nun aus:

Die Sozialdemokratie schöpft ihre Kraft aus dem gleichen Reichstagswahlrecht und daher bedeuten alle Wahlrechtsreformen der deutschen Bundesstaaten, da sie sich diesem Wahlrecht nähern, eine direkte Förderung der Sozialdemokratie. Es sei Gögendienst, daß die Wortführer aller Parteien im Reichstag, als im Beginn dieses Jahres der Reichskanzler sich heimlich gegen das Dogma von der alleinseligmachenden Kraft des demokratischen Wahlrechts und gegen seine Erziehungserfolge aussprach, das Reichstagswahlrecht als unantastbar erklärten. Er führt dagegen Worte von nationalliberalen Männern mit langweiligem Namen, wie Engel, Mohl, Unruh, Freitliche an, die die Gefahren des unliberalen, demokratischen Wahlrechts vorausahnten. Hinzu fügt er ein Urteil des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Dr. Semler, das dieser vor fünfzehn Jahren fällte: „Wollt ihr einen Erfolg erreichen (am) der staatsbehaltenden Nation

gegen die Sozialdemokratie, so ändert zuvor das Wahlrecht! Die „Kölnische Zeitung“ aber in ihrem Bericht über die Versammlung des Hamburger Reichstagswahlvereins, in dem diese Äußerung fiel, preis es damals als ein Verdienst, daß sie der Wahrheit die Ehre gegeben und verworfen hätte, was längst der allgemeinen Verurteilung verfallen sei. Ferner wird die Äußerung des jetzigen Staatssekretärs des Innern Dr. Delbrück auf Angriffe Friedrich Naumanns im Reichstag hervorgehoben, daß der auf Grund des gleichen Wahlrechts gewählte Reichstag gegenüber den Unternehmern nicht in der Lage sei, Parität zu üben. Dem jetzigen Reichskanzler aber wird vorgehalten, daß er seinem Programm von einer Politik der Stetigkeit und Festigkeit bei den Berliner Wahlrechtsspariergängen widersprochen habe. Alle schönen Mahnungen zur Sammlung und alle Beteuerungen über die Wahrung der Staatsgewalt und der Ordnung gegenüber den immer zunehmenden sozialdemokratischen Ausschreitungen seien nutzlos, sobald hinter ihnen nicht der feste Wille zu etwa notwendigen entscheidenden Taten stehe.

Als es im Jahre 1907 bei den Hottentottenwahlen den Bülowiten gelang, durch allerlei Schwindel Erfolge zu erzielen, da war das Reichstagswahlrecht gut und brauchbar. Jetzt aber hat sich das Blättchen gewendet. Der Schwindel der „Sieger“ von 1907 ist gründlich entlarvt, die Parteien der Ausbeutung und Volksbedrückung sehen voll Angst dem kommenden Urteilspruch des Volkes entgegen. Da wagen sich wieder mehr und mehr die Gewaltpolitiker hervor, schreiben nach Bismarckschen Unterdrückungsmaßnahmen, nach Verschlechterung des Wahlrechts.

Es ist nötig, diese Zeichen der Zeit sorgfältig zu beachten. Alle Zeitungen der Reaktionäre müssen zu schanden werden, wenn die arbeitenden Klassen unerschütterlich feststehen. Der Freiheitsgeist der politisch aufklärten Massen wird alle künftigen Gefahren überwinden!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Beamtenflucht aus dem Reichsverband gegen die Sozialdemokratie.

Mit tiefer Betrübniß teilt die „Kreuzzeitg.“ in ihrer Sonntags-Nummer aus einer Rede des Reichsverbandes-Generals v. Liebert mit, daß im letzten Jahre 4052 Austrittserklärungen aus dem Reichsverband erfolgt sind und daß unter den Ausgetretenen nicht weniger als 1214 Beamte sich befinden. Das sei ein tieftrauriges Zeichen der Zeit. Man dürfe ohne weiteres annehmen, daß die 1200 Beamten liberal sind und durch die „liberale Steuerhege“ zu dem Entschluß gebracht worden seien, nicht länger in einem Verein mit konservativen Männern zusammen gegen die Sozialdemokratie zu arbeiten. Vielleicht würden sie sogar im Großblock die Bundesgenossenschaft der „Umsturzpartei“ gegen die Konservativen suchen. — Die „Kreuzzeitg.“ schließt ihre Jeremiade mit der dringenden Aufforderung an alle Beamten, der konservativen Partei beizutreten und sich Agitationsmaterial gegen die Sozialdemokratie zuzulegen.

Von der deutschen Ostmarkenpolitik.

Man begegnet häufig in den Warteläden der Bahnhöfe und an anderen allgemein zugänglichen Orten Plakaten, die in den schreiendsten Farben gehalten sind und zur Abwanderung nach dem Osten ermutigen sollen. Mit wenig Kapital soll hier dem kleinen Bauern oder dem Landarbeiter, der sich ein paar Taler erspart hat, Gelegenheit geboten werden, ein eigenes Heim zu erwerben. Die Wohlthäter, die all das bietet, ist die Landbank in Berlin, die ihrerseits wieder mit der amtlichen Generalkommission in Verbindung steht. Zu den von dieser Bank vorgenommenen Gründungen von Rentengutskolonien gehört auch die Kolonie J a b i k o w o. Nach einem dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ zugegangenen Bericht haben die Ansiedler in einer Versammlung heftige Angriffe gegen die Landbank in Berlin erhoben. Diese habe die Ansiedler unter allerhand unerfüllbaren Versprechungen aus ihren früheren, meist besseren Verhältnissen herausgelockt. Etwa dreißig Ansiedler hätten jetzt keine Arbeit. Die Ansiedler seien gezwungen, die Unterstützung der Polen zu suchen. Der Morgen Land, den die Landbank mit etwa 280 Mk. bezahlt habe, sei den Ansiedlern für 800 bis 1700 Mk. verkauft worden. Mit den Gebäuden, die durchschnittlich 2500 Mark gekostet haben, stelle sich der Preis einer Ansiedelung auf etwa 6000 Mark. Die Bauarbeiten seien nicht nach den baupolizeilichen Vorschriften errichtet, die Landbank verweigere die entsprechenden Reparaturen, so daß den Ansiedlern, denen das Dürrklima jetzt die Beseitigung von Baumängeln auf deren eigene Kosten aufgegeben, ein neuer Kostenaufwand von

400 bis 1000 Mark entstehe. Mehr als 100 der angelegten Kolonisten hätten unter Preisgabe ihrer Anzahlungen von 500 bis 600 Mk. die Kolonie verlassen, nachdem sie meist ihr Hab und Gut verloren hätten. Die Erschienenen beschloßen, auf gemeinschaftliche Kosten einen Anwalt mit der wirksamen Vertretung ihrer Interessen zu beauftragen.

Industrielle gegen die schutzzöllnerische Großindustrie.

Die „Württembergische Industrie“, das Organ des Verbandes Württembergischer Industrieller, richtet an den Zentralverband Deutscher Industrieller eine scharfe Absage. Das württembergische Industriellenorgan hält dem Zentralverband vor, was er seit Jahrzehnten gesündigt habe. Als die Großgrundbesitzer des Ostens und die Großindustriellen des Westens ihr Bündnis eingingen, habe man, wie den Bauern, so auch der verarbeitenden Industrie einige Lockspeisen zugeworfen, und es mit Geschick fertiggebracht, daß sie Bestand leistete und der Zentralverband in den Vordergrund treten konnte, mit dem Anspruch, daß er mit seiner Hochschutzzollpolitik die Industrie vertrete. Die Folge sei aber die, daß der verarbeitenden Industrie die Konkurrenzfähigkeit benommen werde. Nicht nur, daß die verarbeitende Industrie die Rohstoffe und Halbfabrikate zu außerordentlich gesteigerten Preisen beziehen müsse, werde der ausländische Wettbewerb von jener Großindustrie geradezu gefördert, da sie ihren Überfluß zu billigen Preisen ins Ausland abschiebe, sodas die ausländische Konkurrenz das Material billiger bekomme, als die inländische verarbeitende Industrie. Daß die schwere Industrie das tun könne, liege gerade in den übermäßigen Preisen, die der verarbeitenden Industrie mit Hilfe der hohen Zölle abgezungen werden. Dies, die künstlich verteuerte Lebenshaltung und die schlechten Handelsverträge nähmen dieser Industrie Licht und Luft. Darum sei entschieden gegen die vom Zentralverband und vom Bund der Landwirte gemeinsam betriebene Wirtschaftspolitik Front zu machen.

Unpolitische Kriegervereine.

Wie „unpolitisch“ die Kriegervereine sind, dafür legt wieder einmal ein eigens für die Stadtverordnetenwahlen in Bunzlau erlassener „Tagesbefehl“ des Vorsitzenden des dortigen Kriegervereins Zeugnis ab. Er lautet:

Kriegerverein Bunzlau.

An die Kameraden unseres Vereins!
Einliegend überreichen wir Ihnen die vom zweiten Vertretertage des Ruffhäuserbundes festgelegten Leitfäden betreffend die Stellung und das Verhalten der Kriegervereinsmitglieder gegenüber der Sozialdemokratie. Wir bitten dringend, davon Kenntnis zu nehmen und erwarten von jedem einzelnen unserer Kameraden, daß er eingehend seines geleisteten Jahreneides die sozialdemokratischen Bestrebungen weder direkt noch indirekt unterstütze, vielmehr die Liebe und Treue zu Kaiser und Reich bei jeder Gelegenheit, insbesondere auch bei kommunalen Wahlen durch Stimmabgabe für die bürgerlichen Parteien betätigen muß. Fernbleiben von der Wahl ist indirekte Unterstützung der Sozialdemokratie.
Mit kameradschaftlichem Gruß!

Der Vorstand des Kriegervereins Bunzlau.

Die Wahl eines sozialdemokratischen Stadtverordneten hat der Kriegervereinsvorsitzende allerdings nicht verhindern können, obwohl er die Mitglieder des Kriegervereins, die in seiner Fabrik arbeiten, einfach zur Wahl kommandierte.

Bergherren und Handelsminister.

In der ersten Vorstandssitzung des Allgemeinen Knappschafts-Vereins, die nach dem Knabodprozess stattfand, kam der Vorsitzende, Geheimrat Dr. Weidtmann, auf die Bloßstellung zu sprechen, die der Allgemeine Knappschaftsverein resp. sein Verwaltungsdirektor Köhne bei seiner Vernehmung im genannten Prozesse erfahren habe. Dr. Weidtmann erklärte, daß Direktor Köhne bei seiner Vernehmung in eine unangenehme Situation geraten. Er habe von der Umweilung des Ministers, daß zur Leichenbergung auf Knabod Vertrauensleute der Arbeiter zugezogen werden sollten, nur durch die Zeitungen Kenntnis erhalten. Er bestreite übrigens dem Minister das Recht, in solcher Weise einzugreifen. Es wurde dann beschlossen, den Minister zu eruchen, sich zu äußern, wie er seine Anordnung gemeint habe.

Damit ist der Herr Minister vor die Alternative gestellt, den Bergherren die Fährne zu zeigen oder vor ihnen ins Wasserloch zu kriechen, wie der Direktor Köhne es getan.

Sozialdemokratische Konservative.

Die konservative Presse ist unablässig bemüht, den konservativen Verein in Elbing, der den Mut hatte, dem Januschauer den Stuhl vor die Türe zu setzen, als möglichst bedeutungslos hinzustellen. Den Vogel schießt aber auf alle Fälle die „Ostpreussische Zeitung“ ab. Sie behauptet nämlich, daß nicht weniger als 120 Mitglieder jenes konservativen Vereins sozialdemokratisch organisiert sind. Wenn das noch einige Zeit so weiter geht, dann wird es nicht mehr lange dauern, und die konservative Presse hat den Elbinger Konservativen in einen sozialdemokratischen Wahlverein umgemünzt!

Dertel heßt weiter.

In der „Deutschen Juristenzeitung“ vertritt der Senatspräsident am Kammergericht Dr. Roffka die Ansicht, daß eine Verschärfung unserer Strafgesetze aus Anlaß der Monbiter Vorgänge keineswegs als nötig anerkannt werden könne. Dagegen tritt der Senatspräsident dafür ein, daß das Streikpostenstehen untersagt werde, und daß in solchen Fällen die Bestrafung der Tat möglichst auf dem Fuße folgen müsse.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist mit der Ansicht, die Dr. Roffka in seinem Artikel entwickelt hat, durchaus nicht einverstanden. Sie verlangt im Gegenteil, daß die Regierung scharfe Maßnahmen ergreifen müsse, und wenn sich im Reichstage keine Mehrheit findet, dann habe die Regierung die Pflicht, den Widerstand des Reichstages zu brechen.

Den Widerstand des Reichstages brechen kann natürlich nichts anderes heißen, als den Reichstag aufzulösen. Eine andere Möglichkeit ist nicht gut denkbar. Das verlangt dieselbe „Deutsche Tagesztg.“, die den Reichskanzler beschworen hat, den Reichstag nicht aufzulösen, als es sich um die Frage der Erbschaftsteuer handelte. Die Reaktionen, die seit Wochen eine maß- und sinnlose Hege gegen die Sozialdemokratie betreiben, scheinen zu glauben, daß der Boden so gut vorbereitet sei, daß jetzt eine Auflösung des Reichstages gewagt werden kann. Natürlich dreht es sich für sie nicht nur um die Frage der Verschärfung der Strafgesetze, sondern vielmehr darum, einen Reichstag zu bekommen, der den eigensüchtigen Wünschen der Agrarier in weitgehendem Maße Rechnung zu tragen geneigt ist.

Fleischnot-Interpellation.

Die „Deutsche Tageszeitung“ ist höchst entrüstet darüber, daß aus Frankreich nach Süddeutschland Vieh eingeführt werden darf. Das agrarische Blatt stellt die Behauptung auf, daß dadurch die Gefahr nahe gerückt ist, daß Seuchen nach Deutschland eingeschleppt werden, und daß infolgedessen die Viehhaltung zurückgehen und damit erst recht eine Fleischnot eintreten kann. Dem Reichskanzler soll sofort beim Zusammentritt des Reichstages Gelegenheit gegeben werden, sich zu der Sache zu äußern.

Die Agrarier werden demnach im Reichstage eine Interpellation einbringen, die dann jedenfalls zusammen behandelt wird mit der Interpellation, in der die Regierung gefragt wird, was sie zu tun gedenke, um der Fleischnot zu steuern. Die Sorge der „Deutschen Tageszeitung“ wegen der Einschleppung von Seuchen ist schon deshalb nicht ernst zu nehmen, weil trotz der strengen Abperrung, wie sie bisher gehandhabt wurde, in Deutschland die „nationale“ Maul- und Klauenseuche nie vollständig erloschen war, sondern augenscheinlich in der letzten Zeit noch an Verbreitung gewonnen hat. Was das agrarische Blatt fürchtet, das ist das, daß schließlich auch noch die holländische und die dänische Grenze geöffnet werden kann. Die Androhung einer Interpellation hat offensichtlich nur den Zweck, die Regierung einzuschüchtern.

Nationalliberal-fortschrittliches Wahlbündnis in Thüringen.

Für ganz Thüringen ist ein liberales Wahlabkommen für die nächsten Reichstagswahlen getroffen worden. Ausgenommen bleiben die Wahlkreise Koburg und Sena, wo der Kampf zwischen Freisinnigen und Nationalliberalen ausgetragen werden soll. Von den übrigen Kreisen erhalten Fortschrittler und Nationalliberale je sechs.

Vom arbeiterfreundlichen Zentrum.

In Aachen hatten im Oktober 1909 die im christlichen Gemeinde- und Hilfsarbeiterverband organisierten städtischen Arbeiter an die Stadtverwaltung eine Eingabe gerichtet, in der um Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie um Errichtung von Arbeiterausbildungsstellen wurde. Nachdem vierzehn Monate ins Land gegangen waren, ohne daß die Geschäftsteller eine Antwort bekommen hatten, protestierte eine Versammlung von Gemeindevorarbeitern gegen diese Behandlung ihrer Wünsche. Endlich befaßte man sich jetzt in der jüngsten Stadtverordnetenversammlung damit. Der Oberbürgermeister gebrauchte die Anrede, daß er den Einsender der Eingabe nicht gekannt und sie darum unberücksichtigt gelassen habe. Dann machte er Ausführungen, die von schamacherischem arbeiterfeindlichen Geiste getragen waren. Lohnzulagen gewährte man nicht, 2,50 Mk. pro Tag für die Arbeiter der Straßenreinigung seien genug, denn sie erhielten diesen Lohn ja eigentlich als Unterstützung; die Ausschüsse lehnten er energisch ab, ebenso die Einmischung fremder Agitatoren, womit ein Beamter des christlichen Verbandes aus Köln gemeint war. Diese Ausführungen wurden ohne Debatte entgegengenommen, nicht ein Stadtvorordneter wachte sich gegen sie! Dazu bemerkte die „Gewerkschafts-Presse“, das Organ des christlichen Verbandes:

„Geradezu bezeichnend hat es auf die christliche Arbeiterzeitung gewirkt, daß bei der Stadtvorordnetenversammlung aus den bürgerlichen Parteien dem Herrn im Hause Stadtvorordneter des Herrn Oberbürgermeisters niemand entgegengetreten ist. Dazu muß noch gesagt werden, daß die christliche Arbeiterzeitung ein entschiedeneres Eintreten und eine entschiedenere Unterstützung der berechtigten Wünsche der städtischen Arbeiter durch die bürgerlichen Parteien verlangt.“

Man muß wissen, daß in der Aachener Stadtvorordnetenversammlung das Zentrum die unumschränkte Mehrheit besitzt, daß es also dieser Partei leicht wäre, die berechtigten Wünsche der städtischen Arbeiter zu befriedigen, wenn sie nur der christlichen Arbeiterzeitung entgegengetreten wäre. Aber hier tut das Zentrum nichts, es

schweigelt zu den arbeiterfeindlichen Ausführungen des Oberbürgermeisters still! So steht die Politik des Zentrums aus: schöne Worte für die Arbeiter, im besten Falle ein paar Bettleibigen für sie; wenn es sich aber um Latein handelt, dann hat es noch immer die Interessen der Arbeiter verraten.

Ein bedenkliches Lob.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ ist mit den Arbeiten der Strafprozeßkommission des Reichstages höchst zufrieden. Es wird der Kommission bestätigt, die Ergebnisse dieser hingebenden Arbeit können, wenn auch vereinzelt Beschlässe zu ernststen Bedenken Anlaß geben, als eine durchaus geeignete Grundlage für die weiteren Verhandlungen im Plenum des Reichstages angesehen werden.

Die Kommission war bestrebt, in der ersten Lesung Verbesserungen in den Entwurf der Regierung hineinzubringen. In der zweiten Lesung hat man nicht nur diese Verbesserungen zum größten Teil wieder entfernt, sondern die Vorlage der Regierung in einzelnen Fällen sogar noch verschlechtert, und was wirklich noch an minimalen Verbesserungen im Entwurf enthalten blieb, das hofft die Regierung unter gütlicher Mitwirkung der Mehrheit des Reichstages wieder entfernen zu können.

Sächsischer Mittelstandstag.

Es war eine ausgesucht arbeiterfeindliche, reaktionäre Gesellschaft, die sich am Sonntag in Dresden zu einer Mittelstandstagung zusammengesunden hatte. Natürlich waren Minister, Geheimräte und bürgerliche Abgeordnete anwesend. In einem Huldigungstelegramm an den König preisen sich die Mittelständler als „feste Säulen von Thron und Altar“ und sprechen von der „Agitation gewissenloser Volksführer“, von den „planmäßigen Angriffen gegen die Arbeitgeber“, von der zu schaffenden „Freiheit der Arbeit“ uim. Dann sprach der antifeindliche Rechtsanwält Kohnmann über Auswüchse des Koalitionsrechts, die Gewerbeordnung sei zu seiner Zeit in der Gewährung des Koalitionsrechts zu weit gegangen; er jammerte über den Boykott und forderte Schutz der „Freiheit der Arbeit“. Ein anderer Redner forderte Umfahsteuer auf Warenhäuser und Kontumvereine. Das neue Gesetz über den unlauteren Wettbewerb habe den Kleinhandel im Stich gelassen. Ein Hausagrarier forderte sogar eine Änderung des Steuersystems, damit die Mieter zu den Unterhaltskosten des Hauses herangezogen werden können.

Bayern und die Fleischnot.

Endlich hat auch die bayerische Regierung, trotz des drohenden Jornes der Zentrumsagrarier, Schritte zur Linderung der Fleischnot unternommen. Eine außerordentliche Viehzählung vom 10. Oktober ergab, daß die Zahl der Rinder um 239 693 Stück oder 6,4 Proz., die der Schafe um 96 981 Stück oder 13,2 Proz. abgenommen hat. Die Regierung hat sich nun mit der Reichsregierung in Verbindung gesetzt, um die Öffnung der Grenzen für die Einfuhr französischer Schafschmacks nach Bayern möglichst schnell herbeizuführen.

Die Erschießung der Kaffern in Südwestafrika.

Der Gouverneur von Südwestafrika gibt nunmehr in der „Deutschsüdwestafrikanischen Zeitung“ eine amtliche Darstellung des Vorfalles, der so großes Aufsehen erregt hat. Etwa 80 Kaffern, die an dem Bahnbau tätig sind, hätten die Arbeit niedergelegt, um nach Windhuk zu gehen, wo sie mit der Bauleitung selbst verhandeln wollten. Die Polizei von Okahandja hat jedoch die Kaffern wieder zum Bahnbau zurücktransportiert. In den nächsten Tagen hatten die Kaffern eine drohende Haltung eingenommen, weshalb zunächst unbewaffnete Soldaten herangezogen wurden. Als die Soldaten an die Zelte der Kaffern herankamen, hätten sich jedoch 80 Kaffern zusammengedrängt und seien, mit Messern und Kriess bewaffnet, auf die Soldaten losgegangen. Die Soldaten seien dann zurückgezogen worden, dem Hauptmann Bielecke wurde Mitteilung gemacht, und schließlich kamen die Soldaten bemannet wieder. Der Aufforderung, die Waffen niederzulegen, hätten die Kaffern jedoch nicht entsprochen, sie seien vielmehr gegen die Soldaten angefürt und deshalb mußten die Soldaten schießen. Die Baufirma selbst hat dem genannten Blatt ebenfalls eine Erklärung gehen lassen, in der sie behauptet, daß den berechtigten Wünschen der Kaffern stets Rechnung getragen sei. Die Verweigerung der Erfüllung unberechtigter Forderungen hätten aber die Kaffern in der Regel mit gemeinschaftlicher Arbeitsniederlegung beantwortet. Erst wenn die Versuche gütlichen Zuredens erfolglos waren, sei den Leuten Koff und Wasser vorenthalten worden, was sie meist zur Barmut gebracht habe.

Was die Baufirma unter „unberechtigten Forderungen“ versteht, das verschweigt sie in der Zuschrift, und schon dieser Umstand läßt das ganze Verhalten der Firma sehr verdächtig erscheinen. Damit, daß man den Kaffern Koff und Wasser entzog, wirkt sie einfach wegen der angeblichen Unbotmäßigkeit zu entlassen, hat die Firma zweifellos einen Druck auf die Leute ausgeübt, der völlig unberechtigt war. Das Reichskolonialamt hat sich noch nicht bemüht gesehen, seinerseits irgend eine genauere Erklärung in der Sache abzugeben.

England.

Gegen die Zunker. Das englische Kabinett nimmt mit erfreulicher Schärfe den Kampf gegen die Zunker des Oberhauses auf, die auf ihre Sonderrechte gegenüber dem Volke nicht freiwillig verzichten wollen. Wie aus London berichtet wird, hat der Schatzkanzler Lloyd-George, der tüchtigste und fähigste Kopf des Kabinetts, den Londoner Zeitungen ein Schreiben zugesandt, in dem es heißt:

Wir haben vergebens jedes Mittel angewandt, auf verhältnismäßig wege für alle Briten die gleichen politischen Rechte zu erlangen. Jetzt sind wir zum Kampf getrieben worden um eine unparteiische Behandlung im Parlament. Wir weisen den Auspruch der 600 Lord-Beers zurück, daß sie dazu geboren seien, aber das Schicksal von 45 Millionen Landbesitzern zu verhängen und deren Wünsche nach einer guten Regierung mit Füßen zu treten.

Was für England gilt, gilt auch für Preußen-Deutschland. Wann aber wird uns ein Minister erstehen, der in ebenso entschiedener und kräftiger Weise dem aristokratischen Sunkertum und dem geborenen Gesetzgebern des Preussischen Herrenhauses entgegenzutreten wird, wie es Lloyd-George gegenüber den geborenen Gesetzgebern Englands tut?

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 15. November.

Fort mit dem Brot- und Fleischwucher! Das ist der Ruf, den die aufgeklärte Arbeiterschaft seit Jahren in ihren Versammlungen und ihren Zeitungen erklingen läßt. Die Herren vom Großgrundbesitz aber lassen sich dadurch bisher nicht stören und die Regierungsklique erfüllt gehoriam weiter die Wünsche der Brot- und Fleischwucherer. Schon haben sich in den letzten Jahrzehnten die Preise für die wichtigsten Nahrungsmittel, für Fleisch, Butter, Eier verdoppelt. So! das ewig so weiter gehen? Das darf nicht sein! Dem kämpfenden Proletariat rufen wir zu: Mehr Kampf! Noch stehen die abseits, die die Teuerung der Lebensmittel am unmittelbarsten erfahren; holt Euch, Ihr Männer, Eure Hausfrauen herbei! Sie, die beim alltäglichen Einkauf die Teuerung am schwersten empfinden, werden nicht nur die Zahl der Kämpfer verdoppeln, sie werden auch die Stoßkraft des Kampfes vervielfachen. Die Frau, die die Verantwortung dafür hat, ihre Familie gut und kräftig zu ernähren, darf sich nicht länger wehrlos drücken und plündern lassen, nur weil agrarische Selbstsucht es so will.

Deshalb, Männer und Frauen, sorgt dafür, daß unser Protest gegen die Teuerung am Freitag, dem 18. November, zu einer mächtigen Kundgebung werde. Frau W. Köhler aus Berlin, eine lang bewährte Kämpferin der Arbeiterbewegung, wird im großen Saal des Gewerkschaftshauses sprechen über „Teuere Zeiten für den Arbeiterhaushalt“.

Genossinnen, die bei der Agitation helfen wollen, werden ersucht, morgen Mittwoch 4 Uhr nachm. im Gewerkschaftshaus zu sein.

Um einem „dringenden Bedürfnis“ abzuhelfen gedenken hurrapatriotische Kreise die Gründung eines weiteren „kameradschaftlichen“ Vereins vorzunehmen, der von ehemaligen Angehörigen des „Regiment Königin“ gebildet werden soll. Zur Beteiligung an dieser Gründung sind per Postkarte auch organisierte Arbeiter eingeladen worden. Wir möchten bei dieser Gelegenheit nochmals betonen, daß die sog. Kriegervereine, zu denen die „kameradschaftlichen“ Vereine gerechnet werden, in jeder Weise die Bestrebungen der um bessere Verhältnisse ringenden Arbeiterschaft bekämpfen, und daß sie nichts weiter sind als eine Schutztruppe der schlimmsten Reaktion. Die kommende Reichstagswahl wird das wiederum zeigen. Daraus folgt selbstverständlich, daß kein Arbeiter, kein Freund des Fortschritts sich irgend einer derartigen Hurravereinigung, natürlich auch nicht der neu zu gründenden, anschließen darf, wenn er nicht zum Vertreter an seinen Klassengenossen werden will.

Einseitlicher Wochentagsgeschäftsstillstand im Barbiergewerbe. Die am Montag abend im „Gesellschaftshaus Monopol“ tagende öffentliche Versammlung der Prinzipale und Gehilfen des Barbier- und Friseurgewerbes nahm nach dem Referat des Arbeitersekretärs Mehrlein folgende Resolution an: Die Versammlung betont hiermit erneut die Notwendigkeit einer Ausdehnung des § 139 f der Gewerbeordnung auf das Friseurgewerbe. Die Versammelten empfinden es in übereinstimmung mit der Gesamtheit der Berufstätigen als einen unerträglichen Zustand, daß die Gewerbeordnung keine Bestimmung vorsieht, auf Grund deren ein örtlich einheitlicher Geschäftsstillstand im Barbier-, Friseur- und Perückenmachergewerbe an Wochentagen herbeigeführt werden kann, wie dies § 41 b der Gewerbeordnung für die Sonn- und Festtage ermöglicht, zumal infolge der gespannten Konkurrenzverhältnisse im Gewerbe der Geschäftsstillstand an Wochentagen durch unnütz lange Verzögerung ein Objekt des Konkurrenzkampfes geworden ist. Die wirtschaftliche Lage des Gewerbes wird durch die vollständig unbegrenzte, in das Beleben jedes einzelnen Geschäftsinhabers gestellte übermäßig lange Ausdehnung der Betriebszeit an Wochentagen keineswegs gebessert; die gesundheitlichen und gesellschaftlichen Interessen der 188 000 Berufsangehörigen insgesamt werden jedoch recht nachteilig dadurch beeinträchtigt. So groß auch der Interessentritt der Berufsgenossen unter sich sonst sein mag, so hat doch der mehrfach wiederholte Beschluß des Bundes deutscher Barbier-, Friseur- und Perückenmacher-Zünfte, den dessen diesjährige Tagung erneut bestätigte, erkennen lassen — und die gegenwärtige Versammlung bildet in ihrer Zusammenfassung einen weiteren Beweis dafür —, daß die Gesamtheit der 100 000 Berufstätigen in dem dringenden Wunsche einigt ist, dem Friseurgewerbe die Möglichkeit einzuräumen, eine bestimmte örtlich einheitliche Betriebsruhe an Wochentagen einführen zu können, sei es durch Ausdehnung des § 139 f auf das Friseurgewerbe oder aber durch unangemessene Erweiterung des § 41 b der Gewerbeordnung. Die Versammelten richten daher an die gesetzgebenden Körperschaften die dringende Bitte, eine zweckentsprechende Abänderung der Gewerbeordnung tunlichst bald vornehmen zu wollen.

Öffentliche Bücher- und Lesehalle in der Meißnerstraße. Am Dinstage, Mittwoch, den 16. ds. Mts., wird die Bücherausgabe von 11 1/2—1 1/2 Uhr vormittags, die Lesehalle bis 9 Uhr abends geöffnet sein.

Volkszählung am 1. Dezember 1910. Das Statistische Amt schreibt: Trotz vieler Bemühungen um freiwillige Zähler haben einige der 1295 Wahlbezirke bisher nicht besetzt werden können. Deshalb seien alle Einwohner unserer Stadt, die sich noch an der Zählung beteiligen wollen, oder alle Zähler, die zu dem schon übernommenen Bezirk noch einen zweiten zu übernehmen bereit sind, hiermit freundlichst gebeten, sich am Statistischen Amt, Fleischhauerstraße 13, U. während der Bureaustunden (morgens 9—1, nachmittags 3—7) zu melden.

Von der Lübeck-Büchener. Man schreibt uns: Es ist eine bekannte Tatsache, daß die Lübeck-Büchener Eisenbahn zu den teuersten Strecken in ganz Deutschland gehört. Man sollte deshalb voranzusetzen, daß die Wagen, in denen das Publikum befördert wird, keinen Anlaß zur Klage geben. Dem ist bekanntlich nicht so. Schreiber dieser Zeilen mußte am Sonntag sowohl morgens beim Antritt als auch abends bei der Rückkehr von der Reise, Wagen III. Klasse benutzen, die im Innern geradezu sehr unsauber ausliefen. Derartige findet man doch sonst verhältnismäßig wenig in Deutschland. Selbst auf den sächsischen Bahnen — wo man auf den letzten Abenteuern mitunter noch einen Wagentyp findet,

Zur Reichsversicherungsordnung.

Die Reichstagskommission verhandelte am Montag über den sehr wichtigen Abschnitt der Unfallversicherung betr. die Rechtsstellung der Ausländer. Es wurde von unseren Genossen versucht, den § 614a wieder zu befeitigen, der den Hinterbliebenen der Ausländer jeden Rentenbezug dann verweigert, wenn die Hinterbliebenen noch im Auslande wohnen. Besonders legte sich für diese ungünstige Bestimmung den Ausländern gegenüber die konservative Partei und von den Nationalliberalen der Abg. Semler ein. Beide bestritten die ungleiche Stellung der Ausländer damit, daß man keinen Anlaß habe, sie so zu stellen wie inländische Arbeiter. Von unseren Genossen wurde dem entgegengehalten, daß bei den zahlreichen ausländischen Arbeitern, Industrie und Landwirtschaft ein immer größeres Interesse an deren Beschäftigung gewinnen, wenn sie die Lasten der Versicherung nicht zu tragen brauchen. Diese Bevorzugung der Industrie, die ausländische Arbeiter in größerem Maße heranzieht, ist unbillig und trägt zu gleicher Zeit eine große Ungerechtigkeit auch gegen die ausländischen Arbeiter in sich, die hier im Dienste des Kapitals fronden.

Eine andere Bestimmung im § 634 besagt, daß der Ausländer mit seiner Rente, die er Auslande bezieht, durch einen entsprechenden Betrag abgefunden werden kann. Bisher war dazu ein Antrag des Ausländers notwendig. Unsere Genossen wollten diese Zustimmung gleichfalls wieder in das Gesetz einfügen, während von dem Abg. Semler mit großem Nachdruck die Forderung vertreten wurde, in jedem Falle den Ausländer mit dem dreifachen Betrag der Jahresrente abzufinden. Das würde die Folge haben, daß bei schweren Unfällen der betr. Arbeiter eine durchaus nicht entsprechende Abfindung erhalten und in erheblichem Maße ungünstig gestellt würde. Auch hiergegen wandten sich unsere Genossen, die hervorhoben, daß wenn der Ausländer einen Rechtsanspruch erworben hätte, dürfte man ihn nicht dieses Anspruchs verlustig erklären, wenn er in seine Heimat zurückkehrt. Von dem Abg. Semler wurde in ziemlich rücksichtsloser Weise erklärt, die deutsche Industrie habe kein Interesse daran, ausländische Kräfte zu verpflegen, sie muß deshalb das Recht haben, sich diese Leute abzuwälzen. Demgegenüber kann nur hervorgehoben werden, daß dann auch die Industrie ausländische Arbeiter nicht beschäftigen dürfte.

Aber die letztere Bestimmung wurde noch keine Entscheidung getroffen, es soll erst in der nächsten Sitzung am Dienstag die Abstimmung über diesen wichtigen Antrag erfolgen.

Ein verkrachter Verleumdungsfeldzug.

Aus Newyork wird uns geschrieben:

Die über alle Maßen niederträchtige Hege gegen die amerikanischen Gewerkschaften, die sich an die furchtbare Katastrophe des Times-Gebäudes in Los Angeles knüpfte, ist rasch verstimmt. Bei dem Brande jenes Zeitungsgebäudes in der südkalifornischen Metropole kamen bekanntlich 20 Arbeiter ums Leben, während der Besitzer, General Otis, ein Veteran des extremen amerikanischen Schaffmachertums, gerade eine Reise tat und seine Geschäftsleitung in der angenehmen Lage war, die Zeitung gleichen Tages bereits in einem fix und fertig hergerich-

tefen neuen Betriebsgebäude drucken zu lassen. Die Flammen in dem alten Gebäude waren noch nicht gelöscht, als die „Times“ aus ihrem Unglück bereits politisches Kapital zu schlagen suchte und für den Brand direkt die Gewerkschaften verantwortlich machte, die mit Dynamitbomben und Hüllensmaschinen operiert haben sollten. Diese Beschuldigung ging sofort in die bürgerliche Tagespresse der Vereinigten Staaten über, und obwohl alle ursprünglichen Nachrichten nur auf eine gewöhnliche Gasexplosion schließen lassen konnten, begann jetzt ein fanatischer Verleumdungsfeldzug gegen die Gewerkschaften, und die Monatschrift des Fabrikantenverbandes forderte in einem blutdürstigen Artikel die Köpfe der Arbeiterführer, einschließlich der Häupter der „Federation of Labor“, deren Wahlhilfe für die bürgerlichen Parteien doch besseren Dank verdiente, denn die Stigmatisierung als anarchistische Mordbuben. Ohne den Schimmer eines Beweises wurde es auf einmal in der ganzen Bürgerpresse des Landes als gewiß hingestellt, daß die Vernichtung des Times-Gebäudes in Los Angeles ein Werk von Dynamitarden sei und daß die Gewerkschaften die Täter sein müßten. Es hatte den Anschein, als ob sich in dem paradiesischen Kalifornien, wo die Arbeiter verschiedener Gewerbe seit Monaten gegen ein ganz besonders freches und gemeines Ausbeutertum im Kampfe standen, die Ereignisse des Bergarbeiterstreiks von Colorado wiederholen sollten, die zu dem schändlichen Mordprozeß gegen die Genossen Meyer, Haywood und Pettibone führten.

Durch eine furchtlose und geschickte Gegenaktion der Gewerkschaften wurden die kapitalistischen Mordränge aber diesmal rasch unschädlich gemacht. Die Untersuchung über die Ursachen der Katastrophe war von vornherein ein Geschäft, in das sich weite Kreise des Publikums mit den zuständigen Behörden teilten, ganz abgesehen von den Detektivagenturen der Unternehmer. Und zwar wurde der detektivische Eifer des Publikums bestimmt durch die ursprünglich ausgelegten und wahrscheinlich in der ganzen neueren Kriminalgeschichte beispiellosen Belohnungen, deren Gesamtbetrag sich auf rund hunderttausend Dollar belief. Bei einem solchen Anreiz und dem notorischen Verbrechertum der „Pinkertons“ hätte es ohne die Wachsamkeit der organisierten Arbeiter merkwürdig zugehen müssen, wenn nicht irgendeine „Evidenz“ für die Dynamiterei fabriziert und irgendein dummes Teufel aus Messer geliefert worden wäre. Leicht wurde es den Gewerkschaften nicht gemacht, in die Untersuchung einzugreifen. Den Gewerkschaftsvertretern wurde der Zutritt zu der Brandruine verweigert, und der Bürgermeister der Stadt, der auf den trauten Namen Alexander hört, verweigerte ihnen auch die Hinzuziehung zu der amtlichen Voruntersuchung. Diese verdächtige Haltung des „abgebrannten“ Zeitungsbesizers und der Behörden ließ die Gewerkschaften erst recht angelegentlich untersuchen, und die Polizei sah sich denn auch später bemogen, dem von dem Exekutiv-Ausschuß des kalifornischen Gewerkschaftsverbandes hierfür eingesetzten Komitee Zugang zu der Brandstätte zu gewähren. Als kürzlich in Los Angeles der kalifornische Gewerkschaftskongress zusammentrat, konnte Andrew Gallagher, Sekretär des Gewerkschaftskartells von San Franzisko, bereits einen Bericht über die vorläufigen Ergebnisse der eingeleiteten selbständigen Untersuchung verlegen, der auch außerhalb des Kongresses wohlbeachtet wurde, wie sich bald zeigen sollte.

Der Bericht verwies zunächst auf die Tatsache, daß zur Zeit der Katastrophe 35 organisierte Arbeiter in der Druckerei und in der Stereotypie-Abteilung der Zeitung

beschäftigt waren, was eigentlich schon Grund genug ist, die völlige Unschuld der Gewerkschaftler an dem Unglück als erwiesen anzunehmen, um so mehr, als dieser Umstand ganz allgemein bekannt und eine Lohnbewegung jener organisierten Arbeiter der „Times“ in Aussicht genommen war.

Gleichwohl waren die Gewerkschaften aber auch bemüht, den technischen Beweis dafür zu liefern, daß die Zerstörung des Zeitungsgebäudes überhaupt keiner Dynamit-Explosion geschuldet war.

Es wurden zu diesem Zwecke Zeugnisse von Sachverständigen in der Herstellung und Behandlung von Sprengstoffen gesammelt, und sämtliche Experten stimmten darin überein, daß ein Brand, wie er die unmittelbare Ursache des Unheils war, unmöglich als Folgeerscheinung einer Dynamitexplosion aufgetreten sein kann. Wie schon früher berichtet und niemals bestritten wurde, brach das Feuer fast gleichzeitig in allen drei Etagen des Hauses aus, wovon im Falle einer Dynamitexplosion selbst dann nicht die Rede sein könnte, wenn der Sprengstoff auf sämtliche drei Stockwerke des Gebäudes verteilt gewesen wäre, was sogar die Geschäftsleitung der „Times“ nicht behauptet hatte. Dynamit ist nämlich der allerleichteste Brandstifter, den es geben kann, und die Sachverständigen weisen z. B. darauf hin, daß dieser Stoff im Gegenteil dazu verwendet wird, große Brände zum Stillstand zu bringen. So war es, als San Franzisko brannte, und so auch bei den kaum gelöschten Waldbränden im Norden und Westen der Vereinigten Staaten. Überall wird Dynamit gebraucht, um Brände zu bekämpfen, und bis zu der wahnsinnigen Hege gegen die Gewerkschaften, die von Los Angeles ausging, galt es als ausgemacht, daß Dynamitexplosionen ein vorhandenes Feuer dämpfen, nicht aber Feuer entwickeln.

Daß der Hergang des Unglücks mit der Annahme einer Dynamitexplosion unvereinbar ist, beweist beispielsweise das Zeugnis eines nichtorganisierten Segers der „Times“, der im Augenblick der Entzündung auf dem zweiten Stockwerk beschäftigt war und noch mit heiler Haut auf die Straße gelangte. „Die Flammen folgten der Explosion augenblicklich. Als ich das Trottoir erreichte, brannte schon die ganze Front sowohl des alten, wie des neuen Gebäudeteils.“

Aber die wirkliche Natur der Explosion gibt aber ein etwas späterer, den Exekutiv-Ausschuß der kalifornischen Gewerkschaften unterbreiteter Bericht des Untersuchungskomitees Auskunft: „Unsere Untersuchung hat ergeben, daß in dem Gebäude ein Geräusch wie ferne Donnerschläge oder eine Kanonade vernommen wurde, daß dann das Gebäude innerhalb zehn Sekunden in Flammen stand, daß aber die Außenwände unzerkört blieben, ferner, daß verschiedene Angestellte am Abend vor der Tragödie Gasgeruch im Hause wahrnahmen. Nach unserem Dafürhalten liefern diese Tatsachen den schlüssigen Beweis, daß das Zerstörungswerk durch Gas und nicht durch Dynamit bewirkt wurde.“

Die Detektivarbeit der Gewerkschaften hat überraschend schnell zur Folge gehabt, daß der Verleumderchor verstimmt und die Millionäre von Los Angeles, wie die Behörden, die ausgeleiteten Belohnungen bis auf einen nominellen Betrag zurückzogen, um das schöne Geld nicht an die Gewerkschaften zu verspielen, die am Ende fähig wären, die hunderttausend Dollar als den Preis für die Überführung der wahren kapitalistischen Urheber des Unheils einzuklagen.

Der Diamantenkoffer.

Erzählung aus Rußlands Revolutionstagen.
Von Friedrich Thiele.

11. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)
„Falls Sie auf Ihrer Methode beharren“, bemerkte er liebenswürdig, „so täten Sie besser, das Schiff schon in Brindisi zu verlassen. Menschenkraft ist nicht imstande, die Aufregung und Anstrengung einer solchen Lebensweise so lange zu ertragen. Von Brindisi aus finden Sie vortreffliche Bahnverbindungen nach Frankreich.“

„Ich ziehe den Aufenthalt im Schiffe vor“, beharrte der Prokurist. „Die italienischen Bahnen stehen nicht im Geruch unbedingter Sicherheit. Und da hier, wie Sie sagen, die Gefahr vorüber ist —“

„Das ist gewißlich der Fall.“
„Und Sie mich hier so aufopfernd unterstützen —“

„Ganz recht — ich bin ganz Ihrer Meinung.“
Spät in der Nacht hielt Zonacescu auf einem einsamen Plätzchen des Dampfers geheime Zwiegespräche mit Aschoff.

„Aufgepaßt — er verläßt in Brindisi das Schiff. Er hat mir das Gegenteil versichert, aber er traut mir nicht mehr und sucht mich zu täuschen.“

„Hast du einen neuen Plan?“
„Ja, aber er ist erst ausführbar im Moment der Landung in Brindisi. Du wirst rechtzeitig das Nähere von mir hören.“

Die zwei nächsten Tage verbrachte Albert in unerhörter Qual und Erregung. Als er den verhängnisvollen Auftrag übernahm, hatte er zwar von vornherein auf die Möglichkeit besonders gefährlicher Abenteuer und Zufälle gerechnet, aber er war weit entfernt, an die Wirkung der peinlichen Unsicherheit und Erwartung zu denken, in welche die Nähe einer unbestimmten Gefahr die Menschen versetzt. Er wußte, daß nicht lediglich der Koffer, sondern um des Koffers willen er selber bedroht war: Das Schwert des Damokles schwebte über seinem Haupte. Der Widerfächer befand sich dicht neben ihm, ein kuppelartiger Verbrecher mit Gehilfen, die zu jeder Gewalttat willig die rohen Arme boten. War es ein Wunder, daß es keine Stunde ungetrübten, erquickenden Schlafes mehr für den Armen gab? Wußte er denn, wann die gefürchtete Katastrophe und auf welche Weise sie über ihn hereinbrechen würde? Mut und Verwegenheit besaß er genug und er hätte weit lieber mit Messer und Revolver selbst gegen eine über-

zahl von Angreifern sich verteidigt, als daß er länger diese tödliche Ungewißheit erduldet. Mühte er nicht jedesmal, wenn unbeflegbare Müdigkeit zu kurzer Ruhe sein Auge schloß, den Gedanken hegen, der tödliche Schlag eines Mörders werde ihn daraus erwecken? Nicht nur, daß der Mangel an Schlaf seine Nerven angriff, die qualvolle Angst und Ungewißheit vor allem verfehlte ihn in einen Zustand nervöser Überreizung, der seine Vernunft bei längerer Dauer gefährdete.

Mit fieberhafter Ungeduld zählte er die ihm ewig langdauernden Stunden besonders der Nacht, berechnete er jeden Kilometer, welchen die Fahrt ihn der Hafenstadt Brindisi näher brachte. Am Spätnachmittag des nächsten Tages würde man sie erreichen — diese Mitteilung des Stewards dünkte ihm das reine Evangelium. Aber dazwischen lag noch eine ganze lange Nacht und beinahe ein ganzer Tag — würde diese Nacht wie die bisherigen ohne Angriff vorübergehen, so dürfte er sich ziemlich sicher fühlen. Denn tagsüber herrschte ununterbrochen ein reger Verkehr in dem Korridor, an dem die Kabinen rechts und links gelegen waren. Er konnte ja am besten die Tür offen lassen. Bedenklich war nur die kurze Periode der Anlegung, wo sich alles nach oben drängte, aber er würde auf seiner Post sein und sich nicht wieder überrumpeln lassen!

Er wagte nicht, sich während dieser letzten Nacht dem Schlafe zu überlassen. Es war eine Schreckensnacht für ihn. Ein fürchterlicher Kampf mit seiner Ermüdung füllte sie aus, Kaffee und Tee wollten nicht mehr helfen. Jedes Geräusch machte ihn emporschnellen, zweimal verwirrten sich doch seine Gedanken und er packte, angstvoll stöhnend aufstehend, während den Revolver. Wäre ihm jemand in diesem Augenblick zufällig entgegengetreten, er hätte ohne Besinnung abgedrückt.

Endlich graute der Morgen. Um die Zeit, wo das Leben in allen Kabinen am bewegtesten war — diejenige des Aufstehens und Toilettemachens — versuchte er ein wenig zu schlummern, aber der Lärm auf dem Schiffe war zu groß. Nur wenige Viertelstunden wirklicher Ruhe vermochte er dem nicht endenwollenden Tag abzugewinnen. Es begann schon zu dämmern, als man die italienische Hafenstadt erreichte. Schon lange bevor das Schiff anlegte, stand der unglückliche Buchhalter fix und fertig in seinem Gemach, den Koffer neben sich, den Revolver in der Rechten. Niemand bedrohte ihn diesmal. Er wußte, daß die Vittoria hier nur eine Anzahl Passagiere

ausladen und dann sofort ihre Fahrt fortsetzen würde. Wenn er den Dampfer so spät als möglich verließ, so befand sich Zonacescu, der auf diesen Entschluß nicht vorbereitet war, seiner Meinung nach nicht mehr in der Lage, ihm zu folgen. Einen Augenblick kam ihm auch der Gedanke, sich seines Gegners durch dessen öffentliche Entladung zu entledigen, er verwarf die Idee jedoch wieder, ehe er sie nur richtig zu Ende kalkuliert. Etwas besaß er keine Beweise gegen den geriebenen Verbrecher, und zweitens würde man ihm als Fremden in einem derartigen Falle zwecks Ablegung und Befräftigung des Zeugnisses wahrscheinlich eine Menge Umstände bereiten.

Sobald es ihm der rechte Moment schien, steckte er den Revolver in die Tasche, griff seinen Koffer auf und ließ die Kabinentreppe hinauf. Seinem Abgang stand nichts im Wege, alle seine Verpflichtungen gegen das Schiff waren erfüllt. Mißtraulich blickte er umher, allein der Rumäne war nirgendwo zu sehen. Hastig überreichte er dem kontrollierenden Schiffsbeamten sein Billett und begab sich über die Landungsbrücke nach der Zollstation.

Als er nach einer halben Stunde zurückkehrte, war bereits Dunkelheit eingetreten. Wohl eine Minute blieb Albert stehen, um sich zu orientieren. Mehrere Passagiere, die vor und mit ihm das Zollgebäude verlassen hatten, schritten der Stadt zu, der Reisende folgte ihnen, denn er war totmüde und gedachte, da der für ihn in Betracht kommende Schnellzug erst am anderen Morgen abging, in einem Hotel zu übernachten. Eben passierte er die erste Seitenstraße, als aus dieser heraus zwei Reisende, von denen einer gleichfalls einen Koffer trug, in wilder Eile hervorstürzten. Die beiden Kofferträger in ihrem blinden Eifer rannten wie toll gegen ihn an, und so stark war der Zusammenstoß, daß er das Gleichgewicht verlor und nach hinten zurückfiel. Der Koffer entglitt seiner Hand und polterte auf die Straße, über diesen weg stürzte der eine der Reisenden mit seinem Koffer.

„Maledetto — che infolenza!“ (Schreie der Fremde zornig). „Haben Sie denn keine Augen im Kopfe?“ Albert verstand wohl den Sinn, aber nicht die Worte. Empört machte er seiner Ansicht über das Intermezzo in russischer und deutscher Sprache Luft, indem er die Fremden keineswegs der Unverschämtheit beschuldigte.

„Es ist ein verwünschter Ausländer“, brüllte der Reisende, der sich wieder aufrichtete, und schlug mit der geballten Faust gegen den Prokuristen los, der sich kräftig zur Wehr setzte. (Fortsetzung folgt.)

Aus der Partei.

Beschneidung. Wegen einer Matz: „Das andere Allenstein“ in der ein viel erörtertes Vorkommnis in Allenstein...
Genosse G a a s e, 800 M. Geldstrafe; der Staatsanwalt hatte 3 Monate Gefängnis beantragt.

Gemeindevahl in Frankfurt a. M. Bei den am Sonntag stattgefundenen Stadtverordnetenwahlen wurden 8 Sozialdemokraten, 7 Fortschrittler, 2 Nationalliberale und 1 Mittelständler gewählt. Das Zentrum erhielt kein Mandat. In Stichwahl kommen 11 Sozialdemokraten, 6 Fortschrittler, 8 Nationalliberale und 2 Mittelständler. Die Wahlbeteiligung betrug in einigen Bezirken 80 Proz., im Durchschnitt 75 Proz. Wahlberechtigt waren 50.000, 88.200 haben gewählt, davon 17.000 sozialdemokratische Stimmen. Die gesamten Gegner erhielten über 20.000 Stimmen. Bei der Steigerung von 4.907 Wahlberechtigten wurden 9.200 Stimmen überhaupt mehr abgegeben. Bei diesem Stimmengewinn entsiehl auf die Sozialdemokraten 5.494, auf die gesamten Gegner nur 4.186. Wenn der Frankfurter Magistrat nicht eine so raffinierte Bezirkeinteilung festgesetzt hätte, wäre das Resultat noch viel besser ausgefallen. In einigen Bezirken, wie z. B. Wöckelheim und Alt-Bornheim konnte der Magistrat trotz der Bezirkeinteilung nichts erreichen; sie gehören jetzt zu unsern festen Besitz. Von den 29 zu bezeichnenden Mandaten hatten die Fortschrittler bisher 13, Nationalliberale 4, Mittelständler 5, Zentrum 1 und Sozialdemokraten 6. Die Sozialdemokraten haben den alten Bestand erhalten und bereits zwei Siege gewonnen, alle anderen Parteien sind im Verlust, der sich auch in der Stichwahl kaum wettmachen lassen wird.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Wahlen der Arbeitnehmerbeisitzer zum Berliner Gewerbegericht ergaben ein glänzendes Resultat für die freien Gewerkschaften. Es erhielten 21 Stimmen:

Liste 1 (der freien Gewerkschaften) 80.621 Stimmen (gegen 75.958 bei der letzten Wahl);
Liste 2 (der Christlich-Nationalen) 2324 Stimmen (gegen 2766);

Liste 3 (des Allgem. Metallarbeiter-Verbandes Wiesenthals) 2644 Stimmen (gegen 529);
Liste 4 (Girsch Dunder) 2872 Stimmen (gegen 3732).

Es entsiehl gemäß diesem Stimmverhältnis auf die freien Gewerkschaften 64 Sitze, auf die übrigen je 2.

Auffällig konnte sein, daß das bedeutungslose Wiesenthalsche Verbandchen soviel Stimmen auf seine Liste vereinigte, wenn man nicht eine sehr einfache Erklärung dafür geben könnte. Die Listenverteiler des Wiesenthal boten den Wählern die Listen mit der Empfehlung an: „Hier die Liste des Metallarbeiterverbandes!“ Darauf fielen viele Wähler herein und gaben diese Listen in dem guten Glauben ab, daß sie vom Deutschen Metallarbeiterverband (Zentralverband) beim für die vom Berliner Gewerkschaftsartell aufgestellte Liste stimmten. Anders wäre ja auch der Stimmengewinn von über 2000 nicht zu erklären, der somit noch der Liste 1 zuzurechnen wäre. Die unerhörte Manipulation der Wiesenthaler wird ihr Ansehen in der Berliner Arbeiterschaft nur noch tiefer sinken lassen — soweit das noch möglich ist.

Bei der Gewerbegerichtswahl für Arbeitgeberbeisitzer in Berlin entsiehl von 5914 abgegebenen Stimmen 4135 auf die bürgerliche Liste und 1779 Stimmen auf die Liste der freien Arbeitgeber. Dem Gewerbegericht gehörten bisher 19 freie Arbeitgeber an, 4 schieden aus und 21 wurden diesmal neu hinzugewählt, sodaß die Zahl der freien Arbeitgeberbeisitzer jetzt 36 beträgt.

Achtung, Metallarbeiter! Im Messingwert Heegermühle hatten die Werkzeugmacher, die das Werk zum großen Teil aus Berlin engagiert hat, mit vielen Mißständen und veralteten Zuständen zu kämpfen. Monatliche Verrechnungen, zehntägige Lohnperioden, ungenügende Einrichtungen, zehnwöchige Arbeitszeit usw. waren abzuschaffen. Da diese Gruppe Arbeiter gut organisiert war, gelang es auch, verschiedene Verbesserungen teils durch Unterhandlung, teils durch einen kurzen Streik, einzuführen. Es war den Arbeitern sogar möglich geworden, für ihre Arbeitsleistung statt der bisher zehnwöchigen die neunwöchige Arbeitszeit einzuführen. Auch die Firma hätte sich mit dieser Einrichtung abgefunden, wenn nicht aus den Reihen der Meister Widerstand entstanden wäre. Besonders der Meister W r d a, ein ehemaliger Dreher, gefiel sich darin, die Löhne zu drücken und seine früheren Kollegen zu schaden. Die Firma geht jetzt dazu über, die angeblich zu teuren Arbeiter zu entlassen und billige, durch Justizieren im „Anzeiger für das Berg- und Hüttenwesen“ gewonnene, zu engagieren. — Die Arbeiter der Werkzeugbranche, Schlosser, Dreher, Fräser, Schmiede, Säger usw. seien deshalb gewarnt. Ruzug nach dem Messingwert Heegermühle, Iron Girsch, A r t i e n g e s e l l s c h a f t; ist strengstens fernzuhalten.

Zum Maschinenfabrikstreik in Plauen i. Vogl. Die Maschinenfabriker sind durch den Unternehmerverband die Genossenschaft. Bevor der Streik ausbrach, versprach die Leitung des Maschinenfabriker-Vereins ihren Mitgliedern, daß der Verein den Anschluß an den Verband sächsischer Textilindustrieller vollziehen werde. Dieses Versprechen wurde als Propagandamittel benutzt, um die Maschinenfabriker, die dem Verein noch fernstanden, für diese Organisation zu gewinnen. Und in Verbindung damit wurde als zweites Lockmittel den Maschinenfabrikern, die rechtzeitig ihren Anschluß an den Verein vollziehen würden, eine Unterzahlung von 6 M. pro Woche für jede stillstehende Maschine versprochen; eine Karenzzeit für den Bezug dieser Unterzahlung bestiehe im Verbands sächsischer Industrieller nicht. Auf diese Versprechungen hin wogen sich nun eine größere Anzahl Maschinenfabriker dem Verein der Maschinenfabriker angeschlossen und sich gleichzeitig verpflichtet haben, den von den Sündern vorgelegten Tarif nicht zu unterschreiben. In einer Versammlung der Maschinenfabriker mußte nun der Syndikus Rechtsanwalt G e n e r Rede und Antwort stehen und erklären, wie weit die Sache mit dem Anschluß an den Arbeitgeberverband gediehen sei. Herr G e n e r mußte berichten, daß der Arbeitgeberverband es abgelehnt habe, die Maschinenfabriker als Mitglieder in ihren Reihen aufzunehmen. Die Maschinenfabriker können trotz dem, daß es so gekommen ist, denn mit dem Anschluß an den Arbeitgeberverband hätten sich die Maschinenfabriker vollständig in die Hände eines sehr wirtschaftlichen Gegners begeben. Die Interessen der Maschinenfabriker als Zwischenglieder sind andere als die der Fabrikanten, die in der Unternehmerorganisation den von ihnen insoweit ihrer wirtschaftlichen Überlegenheit. Der Fabrikant versucht zur Erhaltung seines Profits den Löhnen zu drücken. Die Unterzahlung muß in erster Linie den Maschinenfabriker treffen. Die Maschinenfabriker müssen deshalb gegenüber den Fabrikanten sich in Kampfbereitschaft befinden, wolle sie ihre Interessen wahren. Anstatt nun aber den Maschinenfabrikern nach dieser Richtung hin zu leiten, verhalten die Sünder beständig ihre Mitglieder dem wirtschaftlichen G e n e r gegenüber. Die Leitung des Maschinen-

bestvereins versucht nun auf andere Weise die Mitglieder zu täuschen, indem sie behauptet, es hätten nur wenige Maschinenfabriker den Tarif der Sünder unterschrieben. Tatsache ist, daß bereits am Montag 180 Maschinenfabriker ihre Unterschrift unter dem vorliegenden Tarif vollzogen haben. Die Sache der Streikenden steht somit gut.

Unzufriedene Staatsarbeiter. Eine von etwa 700 Arbeitern der Staatsbahn, der Telegraphie und der Militärwerkstätten besuchte Verammlung fand am Freitagabend in Magdeburg statt. Die drei Sekretäre der Verbände der Staatsbahnarbeiter, der Telegraphenarbeiter und der Militärwerkstättenarbeiter hielten Referate, in denen sie in außergewöhnlich scharfen Worten die Rechtlosigkeit dieser Staatsarbeiterkategorien kritisierten. Die Beschränkung des Koalitionsrechts, der Ausschluß von den Wohlstan eines Gewerbegerichts, der Mangel der Gewerbeaufsicht in Staatsbetrieben wurden heftig angegriffen, ebenso wie das Versagen des preussischen Landtages in allen Arbeiterfragen und die Lohnpolitik des Staates. Die Versammlung war außerordentlich leidenschaftlich bewegt. Stürmische Kundgebungsausschreitungen begleiteten die Ausführungen der Redner Schlag auf Schlag. Besonders was sie sagten über die elende Entlohnung und die wirtschaftliche Lage der Staatsarbeiter, löste Stürme der Entrüstung aus. Ein Redner sprach von dem „Schrei nach Brot und Salz“, die Unzufriedenheit müsse sich endlich einmal nach oben Luft machen. Es sei traurig, daß sich noch viele Arbeiter zur Staatsarbeit drängen, die meisten täten es in der Hoffnung, einmal Beamte zu werden. Sieben bis acht Jahre müßten sie hungern, um die bunte Mütze zu bekommen. In unzähligen Fällen gelänge das nicht, weil die Festanstellung wegen Schwindsucht oder anderer Krankheiten, die sich die Arbeiter inzwischen geholt haben, nicht erfolge. Weniger gelbe Knöpfe, aber mehr Lohn, müsse die Parole sein. Eine völlige Willkür herrsche jetzt bei der Lohnzahlung. Frauen und Kinder müßten mitarbeiten, um nur nordürftig die Existenz der Familie zu sichern. Wenn der Kaiser in Königsberg gesagt habe, die Frau gehöre ins Haus, so habe das für die Staatsarbeiter keine Geltung. — Der Sekretär des Verbandes der Militärwerkstättenarbeiter begann seine Anklage mit den Worten: „Wenn Sie — die anderen Kategorien — schon Stiefel des Staates sind, so sind wir für den Staat überhaupt nicht da; wir sind vollständig vergessen! Wer irgend etwas und wenn es nur eine Kleinigkeit sei, in den Militärwerkstätten geändert haben wollte, der werde ohne weiteres entlassen, weil er „den Frieden störe.“ Es sei die höchste Zeit, daß die Öffentlichkeit endlich einmal erfahre, wie der Staat seine Arbeiter bezahle.“ In der Diskussion nahmen der freisinnige Landtagsabgeordnete Dr. Runge-Berlin und der nationalliberale Landtagsabgeordnete G r u s o n - M a g d e b u r g das Wort. Die Herren hatten natürlich nur oberflächliche Worte der Sympathie für die Arbeiter. Von einem energischen Eintreten für sie war nicht die Rede. Hoffentlich kommt bald die Zeit, da diese Arbeiter, die trotz ihrer schweren Anklagen über ihre Loyalität keine Zweifel ließen — sie schlossen z. B. die Verammlung mit einem Kaiserhoch — einsehen, daß sie sich nur auf sich selbst verlassen können, wenn sie eine Änderung ihrer Verhältnisse herbeiführen wollen. Dann aber wird ihr Anschluß an die Partei der Arbeiter nur eine Frage der Zeit sein.

Die neue Tarifbewegung im Holzgewerbe. Der 11. resp. 15. November jeden Jahres ist im Holzgewerbe ein bedeutungsvoller Tag, weil an diesem die Kündigung derjenigen Verträge ausgesprochen werden muß, welche im Februar zum Ablauf kommen sollen. Bekanntlich hat der deutsche Holzarbeiterverband einen Reichstarif bisher mit aller Entschiedenheit abgelehnt und wurden nach den Beschlüssen der Verbandstage bis zu diesem Jahre nur dreijährige Verträge abgeschlossen. Die in diesem Jahre stattgefundenen Generaterversammlungen des Holzarbeiterverbandes sagten jedoch den Beschluß, daß nur noch vierjährige Verträge zum Abschluß gebracht werden dürfen. Hierdurch ist eine vierte Vertragsrate geschaffen, an der insbesondere der Arbeitgeberverband für das deutsche Holzgewerbe mit beteiligt ist. Gegenwärtig laufen für rund 110.000 Holzarbeiter Verträge, wovon solche für 45.000 Arbeiter bis zum Jahre 1913 abgeschlossen sind; während der Rest sich ungefahr gleichmäßig auf die anderen 3 Jahre verteilt. Zur Kündigung für Februar 1911 standen 26 Orte, in denen circa 16.000 Holzarbeiter beschäftigt werden. Es handelt sich hier um die Vertragsrate, welche im Jahre 1908 unter dem Schiedsgericht, in welchem Freiherr v. Verlepf den Vorsitz führte, zum Abschluß gebracht wurde. Schon wochenlang beschäftigten sich die Arbeiter in den einzelnen Städten mit der Erneuerung der Verträge und ist die Kündigung derselben seitens des Holzarbeiterverbandes ausgesprochen. In Frage kommen die Orte: Elbing, Stralsund, Swinemünde, Breslau, Posen, Forst, Chemnitz, Jena, Jöhr, Eisenach, Hamburg, Helmstedt, Wilhelmshurg, Bremen, Neumünster, Herford, Reimold, Danabritz, Elberfeld, Kattheim, Kirchheim und Stuttgart. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes hat vor 14 Tagen zu der gegebenen Situation auftragsgemäß Stellung genommen. Ob die Richtung Reiner, Siebel mit ihren „Plänen“ bei den übrigen Herren das nötige „Verständnis“ gefunden hat, wird die nächste Zeit lehren. Die Holzarbeiter sehen den kommenden Dingen mit aller Ruhe entgegen, wissend, daß ihre machtvolle Organisation, die gegenwärtig 162.000 Mitglieder zählt, ihre Interessen schützen wird und daß insbesondere die sich bisher bewährte Opferwilligkeit der Mitglieder des Holzarbeiterverbandes dafür sorgen wird, daß die Bäume des Schutzes nicht in den Himmel wachsen. Gegenwärtig ist man auf der ganzen Linie eifrig an der Arbeit, neue Mitglieder für den Verband zu gewinnen!

Zu den Differenzen im Schuhgewerbe in Birmafers. Der Fabrikantenverein hat neuerdings wieder Stellung genommen zu den schwebenden Streitfragen und beschlossen, daß allen dem Zentralverband angehörigen Arbeitern und Arbeiterinnen zum 26. d. Mts. gekündigt werden soll. Vorher soll eine friedliche Beilegung der Differenzen unter Vermittlung des Gewerberats K o e f f i n g e r und Beteiligung von Vertretern beider Parteien versucht werden. Aber das Resultat dieser Verhandlungen soll dann eine Fabrikantenversammlung beschließen. — Das ist schon ein wesentlich anderer Beschluß als der in der ersten Versammlung gefasste, demzufolge Verhandlungen mit der Organisation überhaupt abgelehnt wurden.

Zur Ausperrung in der Birmaferser Schuhindustrie. Sowaband ist in 65 Verbandsfabriken, die ca. 7500 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, durch die Unternehmer die Kündigung erfolgt. Diese ist durchgedruckt und ausgesprochen und zwar mit zweierlei Inhalt. Für die Mitglieder des Zentralverbandes erfolgte die Kündigung ohne Vorbehalt, während den Mitgliedern der anderen Organisationen und den Unorganisierten durch den Kündigungszettel mitgeteilt wurde, daß sie sich nach Ablauf der Kündigungszeit am 28. November im Bureau des Arbeitgebers zur Arbeit melden sollen. Die Unternehmer beabsichtigen mit solchen Arbeitern, die dem Zentralverband nicht angehören, die Betriebe anrecht zu erhalten. Sie

wollen also den Kampf nur gegen den Zentralverband führen. Nach den Angaben des Fabrikantenvereins sollen in den Verbandsfabriken 8500 Mitglieder des Zentralverbandes und etwa die gleiche Zahl anderer Organisationen Angehörige und Unorganisierte beschäftigt werden. Zurzeit sind am Plage etwa 220 Schuhfabriken und 80 andere zur Schufabrikation gehörige Betriebe vorhanden, die zusammen ca. 10.000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigen, sodaß etwa 190 Betriebe von der Kündigung nicht betroffen werden. Es kommen etwa 50 Betriebe in Betracht, die mehr als 50 Personen beschäftigen und dem Fabrikantenverein angehören. Die Fabrikanten hatten bei Bekanntgabe des Beschlusses, daß die Kündigung aller Arbeiter am 12. dieses Monats erfolgt, u. a. erwähnt, daß sie zu weiteren Verhandlungen unter Vorbehalt des Gewerberats bereit seien. Durch diese Erklärung wurde doch die Meinung erweckt, daß der Weg zur Einigkeit gefunden werden könnte. Doch diese Hoffnung ging nicht in Erfüllung. Wie versichert wird, hat Herr Gewerbe rat K ö f f i n g e r wohl versucht, noch vor der Bornaahme der Kündigung eine Unterhandlung zwischen den Parteien herbeizuführen, es gelang ihm dies aber nicht, weil die Fabrikanten erklärten, ihr Vorsitzender sei verreist und könne deshalb eine Unterhandlung in dieser Woche nicht mehr stattfinden. Würde die Arbeiterorganisation so handeln, wie es die Fabrikanten belieben, so wäre ein großes Geschrei bei allen Gutgeimten.

Kommunales.

Ein sozialdemokratischer Stadtrat. In dem altenburgischen Bergarbeiterstädtchen Meuselwitz ist von der Stadtverordnetenversammlung der Genosse H e i l m a n n mit 9 gegen 6 Stimmen zum Stadtrat gewählt worden.

Soziales.

Zum Ärztekrieg in Halle. Der Streit zwischen den Krankenkassen und Ärzten zu Halle a. S. war bereits zugunsten der Kassen entschieden, da es diesen gelungen war, eine genügende Zahl von Ärzten anzustellen. Die aus der Kassenprovis ausgeschiedenen Ärzte richteten jedoch nicht, sondern verteidigten für jeden, der einmal irgend etwas gegen einen der angestellten Ärzte vorzubringen hatte, Beschwerden an die Aufsichtsbehörde, den Magistrat. Da dieser unter Berufung auf die Erfüllung der gesetzlichen Vorschriften durch die Kassen nicht eingriff, wurde die Regierung angegangen, die im Wege der Verfügung den Magistrat aufforderte, in den Streit einzugreifen. Der Magistrat hat denn auch eingegriffen und den Kassen Bedingungen auferlegt, die finanziell einfach nicht zu extragen sind. Außer den Spezialärzten sollen die Kassen für je 1500 Mitglieder einen leistungsfähigen Arzt anstellen. Die jetzigen Ärzte seien nicht leistungsfähig, außerdem steige die Zahl der epidemisch auftretenden Krankheiten in bedrohlichem Maße, was für die Kassenmitglieder schwere Gefahren mit sich bringe. Bis zum 25. November müsse daher von den Vorständen der Nachweis ausreichender ärztlicher Versorgung im obigen Sinne geführt werden, widrigenfalls der Magistrat die Funktionen der Kassenorgane selbst ausüben werde. Was an der Begründung wahr ist, zeigt, daß nach Angabe des Stadtarztes für Halle der Gesundheitszustand in der Stadt ein besserer als im Vorjahre ist, wo auch schon von einem bedrohlichen Anwachen der Krankheitsfälle nicht im entferntesten die Rede sein konnte. — So „erkämpfen“ die im terroristischen Leipziger Verbände organisierten Ärzte ihre Siege.

Ein Glendebild von der Landstraße. In der Hamelner „Deister- und Weserzeitung“ ist zu lesen: „Am Montag, gegen Abend, wurde der 70 Jahre alte Dachdecker, Wilhelm Riesenberg aus Lammer durch einen Genbarmen auf einem offenen Wagen dem hiesigen Gerichtsgefängnis zugeführt. Der Verhaftete war nicht in der Lage, auch nur wenige Schritte selbständig zu machen und mußte vom Wagen herunter in die Zelle getragen werden. Auf unsere Erkundigungen hin erfuhren wir, daß der alte Mann in Grob-Werfel einen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung begangen haben soll. Lange Jahre hindurch ist er als richtiger „Pennebruder“ durch Deutschland treuz und quer gewandert, und die Mächte da draußen im Chausseegraben haben sich bitter an ihm gerächt, Rheumatismus und Gicht haben ihn vollständig hilflos gemacht und ihn des Gebrauches seiner Glieder beraubt. Nicht nur Hüfte und Arme, auch der Körper ist stark angeschwollen. Schon seit langem zieht Riesenberg von Krankenhaus zu Krankenhaus; eine Gemeinde schiebt ihn an die andere ab, keine will den hilflosen bei sich dulden, und gar häufig ist er sogar von Dorf zu Dorf gefahren worden. Nur um unter Dach und Fach zu kommen, soll er in Grob-Werfel die Ausschreitungen begangen haben. — Der Bedauernswerte wurde aus dem Gefängnis in das hiesige Krankenhaus überführt, um dort — wenn auch nicht Heilung — so doch Binderung seiner Schmerzen zu finden.“ Und ist das geschehen, dann wird der Unglückliche wieder dem gleichen schrecklichen Geschick überlassen und in der Welt herumgeschickelt! — Und das in einer Gesellschaft, die sich „Christlich“ nennt.

Die Moabiter Polizeischlachten vor Gericht.

Die Eröffnung der für Montag mittag 12 Uhr anberaumten Sitzung verzögerte sich ungewöhnlich lange. Erst um 2 Uhr wurde den Angeklagten der Bescheid auf den Ablehnungsantrag zugeleitet. Sämtliche Ablehnungsanträge wurden als unbegründet zurückgewiesen, da kein Grund vorliege, der geeignet sei, Mißtrauen gegen die Unparteilichkeit der abgeleiteten Richter zu rechtfertigen.

Bald nach 2 Uhr eröffnete Landgerichtsdirektor Lieber die Sitzung. Sofort erhob sich Rechtsanwalt Dr. K o f e n s e l d, um für sich sowie für die Rechtsanwälte G e i n e, H e i n e m a n n, O s k a r C o h n, L i e b t n a c h t, K o f e n b e r g und B a h n einen Antrag auf Aussetzung der Verhandlungen bis zur Zustellung jeder Anklageschrift an jeden Angeklagten zu begründen. Der Verteidiger führte aus, daß die Angeklagten nicht hinreichend zur Hauptverhandlung vorbereitet seien, und sich auch nicht vorbereiten könnten, da nicht jedem einzelnen von ihnen, die gegen jeden anderen Angeklagten ergangene Anklageschrift rechtzeitig zugegangen sei. Die Angeklagten seien also in ihrer Verteidigung beschränkt, sie hätten aber das Recht, behufs besserer Vorbereitung ihrer Verteidigung die Nachholung des Verkündens und die Aussetzung der Verhandlung zu beantragen. Die Verteidigung habe diesen Punkt von vornherein für sehr wesentlich gehalten und deshalb rechtzeitig schriftlich beantragt, jede Anklageschrift zuzustellen. Der Vorsitzende habe diesen Antrag abgelehnt, aber die in diesem Bescheid angeführten juristischen Gründe seien nicht zutreffend. Es gehe doch nicht an, den engen Zusammenhang der verschiedenen Sachen in der einen Richtung zu behaupten und in der anderen abzulehnen. Siege eine so enge tatsächliche Verbindung zwischen den verschiedenen Sachen vor, wie in dem Gerichtsbescheid vom 9. November angenommen sei,

dann habe jeder Angeklagte ein dringendes Interesse und ein Recht, auch die Anklagen gegen die anderen Angeklagten sowie deren Begründung und Beweismittel rechtzeitig, im einzelnen kennen zu lernen. Würde das Gericht den Antrag der Verteidigung ablehnen, so würde es sich über ein zum Schutze der Verteidigung gegebenes Recht einfach hinwegsetzen, und diesen an Ungewöhnlichkeiten schon jetzt reichen Prozeß um eine weitere Ungewöhnlichkeit bereichern. Das Gericht würde die Verteidigung der Angeklagten wesentlich beschränken und einen neuen Grund liefern, der das Reichsgericht veranlassen müßte, das ganze Verfahren für null und nichtig zu erklären.

Der Erste Staatsanwalt Steinbrecht widersprach dem Antrage der Verteidigung unter Hinweis auf eine Entscheidung des Reichsgerichts.

Nach einer kurzen Auseinandersetzung zwischen der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Das Resultat der Beratung war die Ablehnung auch dieses Antrages. Der Gerichtshof stellte sich auf den Standpunkt, daß das, was die Verteidigung verlange, in der Strafprozeßordnung nicht begründet sei. Um aber der Verteidigung entgegenzukommen, richtete der Gerichtshof an den Staatsanwalt die Bitte, aus freien Stücken jedem einzelnen Angeklagten die Anklageschrift zuzustellen. Der Staatsanwalt versprach, diesem Wunsche nachzukommen, die Verhandlung selbst aber wird deshalb nicht ausgesetzt werden.

Sodann wurden noch die Eröffnungsbeschlüsse verlesen und hierauf die Verhandlung auf Dienstag früh vertagt.

Aus dem Gerichtssaal.

Todesurteil. Das Schwurgericht in Jasterburg verurteilte die wegen Raubmordes, begangen im August an dem russischen Saisonarbeiter Sokolowski, angeklagten Arbeiter Morawski und Galat zum Tode.

Aus Nah und Fern.

Von der Anklagebank in den Tod. Aus Berlin wird berichtet: Wegen fittlicher Verfehlungen wurde am Sonntag nachmittag der Oberlehrer Dr. L. von einer städtischen Realschule, von der vierten Strafkammer, obgleich ihm seine Kollegen und Freunde ein glänzendes Zeugnis ausstellten, zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt. Kaum hatte der Vorlesende das Strafmaß verkündet, als der Verurteilte aus der Tasche einen Revolver zog und sich, ehe es jemand verhindern konnte, einen Schuß in die rechte Schläfe beibrachte. Er wurde sofort ins Krankenhaus gebracht. Dort ist er, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, Sonntag morgen gestorben.

Die Tat einer Wahnsinnigen wird aus dem Osten Berlins gemeldet. Die Maurerfrau Richter hat in einem Anfall von Geistesstörung ihre beiden Töchter im Alter von vier und fünf Jahren erdrosselt und sich selbst erhängt.

Neues vom Schaf. Der frühere Reichstagsabgeordnete Schaf ist wieder hergestellt. Seine Weledigungsaklage gegen einen Königsberger Kaufmann ist deshalb nach der Verchiebung infolge seiner Erkrankung jetzt auf den 6. Dezember angelegt worden.

Gebrüder Koppius. Der König von Sachsen hat den zum Tode verurteilten Wilhelm Koppius zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt. Bei dem gleichfalls zum Tode verurteilten Bruder Carl Koppius, dem intellektuellen Urheber und Haupttäter der Verbrechen, hat der König, von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht.

Vertende Soldaten. Bei der Einführung des neuen Militär-Oberoffiziers in Breslau hat der Militär-Ober-

pfarrer des Garbekorps Dr. Heinz, wie dem „Berl. Tageblatt“ gemeldet wird, unter anderem mitgeteilt, daß der Kaiser bei der Truppenverteilung in Berlin gesagt hat: „Ich wünsche, daß meine Soldaten tagtäglich ihr Vaterland beten.“

Die „berühmte“ Sparkasse der **Gerresheimer Glashütte** beschäftigte am 4. d. M. wieder einmal das „Rüffel-dorfer Gemerbegericht“. Durch ein Urteil des Landgerichts wurde seinerzeit das Werk verurteilt, an die Arbeiter die zwangsweise vom Lohn einbehaltenen Spargelder zurückzugeben. Die Werkleitung ließ es nicht zur Auflösung der Sparkasse kommen, sondern tätigte mit jedem Arbeiter bezw. Arbeiterin einen besonderen „Sparvertrag“. Alle Beschäftigten, welche auf den Vertrag nicht eingehen wollten, mußten ihr Bündel schnüren bezw. richtiger gesagt die einbehaltenen 10 Prozent des verdienten Lohnes gelangen nach den neuen Verträgen nur unter gewissen Voraussetzungen zur Auszahlung. In Krankheitsfällen gelangt das Spargeld nur dann zur Auszahlung, wenn es sich nach einer Bescheinigung des Arztes um eine schwere Krankheit handelt, welche den Inhaber eines Sparbuches an der Fortsetzung der Arbeit hindert. Die Mutter der Arbeiterin Katharina S. hielt einen solchen Fall für vorliegend und verlangte durch Klage die Herausgabe von 31,55 Mk., welche der Tochter als Spargeld vom Lohne gekürzt worden waren. Die Glashütte verweigerte die Herausgabe des Geldes, weil nach ihrer Meinung bei einem jungen Mädchen starke Blutarmut, hervorgerufen durch schnelles Wachstum, keine schwere Krankheit sei. Die von der Mutter vorgelegten Atteste der Doktoren Paulsen und Einhaus waren dem Gericht noch nicht Beweis genug, daß das Mädchen keine Fabrikarbeit mehr leisten dürfe. Obwohl das junge Mädchen an Gerichtsstelle anwesend war, wurde beschlossen, bei dem Kreisarzt ein sogenanntes Obergutachten einzuholen. Bis dahin soll die Verhandlung vertagt werden.

Vom Zuge zermalmt. In Dülken wurde von einem ausfahrenden Personenzuge ein elfjähriger Knabe zermalmt, der die geschlossene Schranke überklettert hatte.

Eisenbahn-Unfälle. Aus Gent wird gemeldet: Der Montag um 5 Uhr 50 Min. von hier abgegangene Personenzug stieß bei Wetteren a. d. Schelde mit einem Güterzug zusammen. Die Lokomotive wurde auf das Nachbargleise geworfen in dem Augenblick, als der Schnellzug Köln-Ostende einfuhr. Ebdort verlegt wurde niemand. Der zweite Zusammenstoß verursachte großen Materialschaden. Der Verkehr ist völlig gestört. Ferner wird aus Prag gemeldet: Ein Montag früh auf der Station Poritsch bei Budweis eingetroffener Güterzug fuhr infolge falscher Weichenstellung auf einen auf der Station stehenden Güterzug. Beide Maschinen wurden schwer beschädigt und zwei Waggons vollständig zertrümmert. Der Fahrer Witek wurde schwer, sechs Bahnbedienstete leicht verletzt.

Gruben-unglück. In den Bergwerken zu Anzin (Nordfrankreich) verursachte eine Explosion einen Erdsturz, wodurch vier Bergleute getötet wurden.

Das Verschwinden Tolstois. Folgende Einzelheiten werden jetzt über das Verschwinden Tolstois bekannt: In aller Frühe am Donnerstag weckte Tolstoi seinen Kutscher und befahl anzuspinnen. Während dieser Zeit packte er eilig einige Bücher und andere Sachen, ließ den Wagenreiter mit Laterne voranreiten und begab sich mit Doktor Makowezki nach der Bahnstation Schischefino, wo man Kohlekarren nach einer nächsten Station löste und mit dem ersten durchgehenden Zuge abfuhr. Als man in Jasnaja Poljana die Abreise Tolstois ankündigte und seinen Abschiedsbrief an Frau und Kinder vorlas, brach eine furchtbare Verwirrung aus. Seine Frau Sofia Andrejewna fiel in Ohnmacht. Als sie erwachte, machte sie einen

Selbstmordversuch. Sie wollte sich die Pulsader mit einem Messer öffnen. Ein neuer Ohnmachtsanfall erlöste die unglückliche Frau für einige Stunden von dem furchtbaren Schmerz. Nachdem die Gräfin wieder zu sich gekommen war, versank sie in einen Zustand völliger Apathie. Als ihr mitgeteilt wurde, daß alle telegraphischen Anfragen über Tolstois Aufenthalt resultatlos, alle ausgesandten reisenden Boten ohne jeden Erfolg zurückgekehrt, da unternahm die Gräfin einen zweiten Selbstmordversuch. Sie wollte sich in das Gießloch des Gartenteichs stürzen. Nach schwerem Ringen gelang es der Tochter, die Mutter zu übermüden und ins Haus zurückzuführen. Bisher ist nichts weiter festgestellt, als daß Tolstoi mit Doktor Makowezki bis Station Gorbatowo gelöst hatte. Weiter geht der Faden verloren. Man nimmt an, daß Tolstoi von Gorbatowo nach der Optiner Einsiedelei gewandert ist, die er früher einige Male aufsucht hatte. In Jasnaja Poljana herrscht vollständige Panik. Alle Gespräche drehen sich nur um das Verschwinden Tolstois. Alte Bauern behaupten, daß Tolstoi ihnen zuweilen gesagt, daß er dieses Leben nicht mehr lange ertragen könne und sich zurückziehen werde. Hier wird behauptet, daß der Greis in einem Anfall von Geistesstörung gehandelt habe oder als Wahn in ein Kloster gezogen sei, um seine Exkommunikation zu büßen. Die Behörden haben gleichfalls die Suche nach Tolstoi aufgenommen.

Furchtbare Mordtat. In St. Petersburg sind ein Schneidemeister, seine Frau und drei Gesellen ermordet und herabgeworfen worden.

Großfeuer in Wien. In dem Pavillon der Schlacht zur See im Lunapark brach aus bisher unbekannter Ursache Großfeuer aus. Ein Funkenregen ergoß sich über den Prater, so daß dieser gefährdet wurde. Der Feuerwehr gelang es schließlich, den Brand zu lokalisieren.

Das Hochwasser in Paris. Ministerpräsident Briand hatte mit dem Vorsitzenden der Aberschwemmungskommission eine Besprechung. Alle Maßnahmen, die sofort gegen die Überschwemmung getroffen werden konnten, sind bereits ergriffen. Über die Verbreitung und Vertiefung der Seine sowie den Bau eines Abflutkanals haben Vorbesprechungen stattgefunden. Die Seine steigt langsam. Die Unwetter, besonders in der Vendee und den Départements, dauern fort. In der Kammer berichtete der Minister der Öffentlichen Arbeiten, Puech, welche Maßregeln zum Schutze gegen das Hochwasser der Seine getroffen worden sind. Zahlreiche Quais seien erhöht worden. Ein Ableitungskanal, der 170 Millionen koste, werde ein längeres Studium erfordern. Mehrere Redner tadelten die Sorglosigkeit der Verwaltung und wiesen nach, daß große Schutzarbeiten erforderlich seien. Schließlich wurde ein Antrag auf eine Vertrauenskundgebung durch Handaufhebung angenommen.

Literarisches.

Protokoll vom Internationalen Kongress in Kopenhagen ist erschienen. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Von der Tagesordnung sind von besonderer Bedeutung die Verhandlungen über: Das Genossenschaftswesen. Die Arbeitslosenversicherung. Die Sicherung des Weltfriedens. Abschaffung der Todesstrafe. Die Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Die Solidarität der Internationalen. Das Protokoll kostet 1,50 Mk., gebunden 2 Mk. Vereinsausgabe 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schumacher. Druck: Friedr. Weyers.
Sämtlich in Lübeck.

Die glückliche Geburt eines Knaben zeigen an

Otto Böhning und Frau,
Magdalene, geb. Sommer.

Emma Gieseler
Carl Beck

Berlobte.

Schlutup, November 1910.

Deutscher

Metallarbeiter - Verband.

Verwaltungsstelle Lübeck.

Am 18. November 1910 starb

unser Mitglied, der Arbeiter

Heinrich Groth.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Frei-

tag, dem 18. ds. Mts., nachmittags

1 Uhr, vom Sterbehause, Westhoff-

straße 55, aus statt.

Die Ortsverwaltung.

Für die zahlreichen Geschenke u.

Glückwünsche zur silbernen Hochzeit

danke herzlich

August Gieseler und Frau,

Schlutup.

Zu vermieten zum 1. Dezbr. resp.

Januar eine Gangwohnung in der

Fischergrube an einzelne Person.

Näh. Engelswisch 31. part.

Zum 1. Januar eine Gangbude

zu vermieten. Näheres

Gartenstraße 46, pt.

Durch Zufall zum 1. Januar

Zweizimmerwohnung mit Küche,

Stall und Zubehör zu verm. 160

Mark. Schwartauer Allee 170.

Friedstraße 9 (Wahlent.) renovierte

Zweizimmerwohnung sofort oder

1. Januar billig zu vermieten.

Näheres Reibstraße 7, l.

Zu sofort oder 1. Oktober

Kottwitzerstraße mehrere Drei- und

Zweizimmerwohnungen

zu vermieten. Näheres

Kottwitzerstraße 48, pt. r.

Zu sofort od. 1. Januar 1911 eine

2. Etg. Patentmaler, 2 Zimmer

u. allen Zubehör. Preis 180 Mk.

Näheres Morkestraße 16-18, part.

Gesucht ein

Lapenierlehrling.

Aug. Heinicke, Bittergrube 20.

Elektromonteur- Lehrlinge

gesucht.

G. Zimmermann, Königsstr. 48.

Die Stelle des Anstifts-

frankenkontrollieurs ist besetzt.

Die Ortskrankenkasse in Lübeck.

Konsumverein

für Lübeck und Umgegend

c. G. m. b. H.

Gesucht in der Nähe der Dröge-

straße ein größerer

geräumiger Laden

mit Lagerräumen, ev. Wohnung, die

sich als Laden ausbauen läßt. Gefl.

Angebote an unser Kontor, Neben-

hoffstraße 12, erbeten.

Ein Kasten gebrauchter Einlenen-

läufer zu kaufen gesucht. Angebot

mit Preis unt. E S an die Exped.

dieses Blattes.

1 fast neues Vertiko, 1 Esotisch

u. 1 altes Sofa billig zu verkaufen.

Zu besehen heute abend oder bis

morgen früh 11 Uhr.

Rosenstraße 5 II.

Eine starke Trittnähmaschine

billig zu verkaufen.

Westhoffstraße 33 a, 2. Etg.

Zu verkauf. eine Hängelampe.

Wickstraße 8, pt.

Mehr. Kanarien-Weibchen

zu verkaufen. Stück 75 Pf.

Westhoffstraße 56, l.

Zahle die höchsten Preise

für Sanitätslampen, Eisen,

Metalle und Zeitungen. Post-

karte genügt.

Kernruf 2030. Westhoffstr. 25.

Gierkartoffeln

200 Pfd. 7,50 Mk., hochfeine

Dauer-Zwiebeln 100 Pfd. 6 Pf.

W. Böttcher, Alsterstraße 11.

Als Bezugsquelle feinsten
Salzheringe, Fischkonserven, Salzgurten etc.
empfeht sich die Firma
H. L. Wiegels (vorm. I. C. Bunge), Fischergrube 61.

Es steht geschrieben,
dass eine gute Margarine die teure
Natur-Butter ersetzt. Um sich hiervon
zu überzeugen, braucht man nur die

Pflanzenbutter-
Margarine, Marke

Cocosa

zu probieren. Cocosa vereinigt alle
guten Eigenschaften feinsten Molkerei-
butter, ist im Preise aber wesentlich
billiger.

Bestandteile: Das Fruchtmark der
Cocosnuss (Cocosin), Milch und
Eigelb.

Ueberall erhältlich!

Ableitende Fabrikanten:
Jurgens & Prunzen, G. m. b. H.
Goch (Rhd.)

Zeitungsmappen.
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Herzlicher Sonntagsdienst
Bis tags, d. 16. Nov. (v. 1 Uhr ab):
Dr. med. Joël, Königsstr. 10.
Dr. med. E. Reuter, Fleischhauerstr. 76.
Dr. med. Schlömer, Schw. Allee 51, l.

Hohen Verdienst

bietet der Vertrieb unserer Wochen-

schrift. Man verlange Probe-Nummern

und Bedingungen.

Verlag der „Nordwacht“, Bremen 11.

Empfehle mein Raster- und Saar-

schneide-Geschäft.

Emil Hertz, Schwartauer Allee 93.

Laden schluß 8 Uhr abf. Sonnabends.

Für Bräutleute!

Neue moderne Wohnungs-Ein-

richtung, bestehend aus Wohn-

zimmer, Schlafzimmer und Küche.

Preis 490 Mk. Sämtliche Möbel

werden unter Garantie geliefert.

Gebeiltag 17, part.

Weine, Spirituosen u. Liköre

in jeder Preislage

ermittelt

J. H. Stooß, Engelsgrube.

Abreisenden aufbewahrt u. nach-

gesandt werden

Gegenstände aller Art, als: Möb-

lilien, Koffer etc. im Lagerhaus und

Expeditions-Geschäft Norderstr. 52.

Sauenfelle,

Kanin, Felle, Leder, Felle etc.

Pferdehaare,

Mähnen, Kuschelhaare etc. etc.

kauft zu höchsten Tagespreisen

J. L. Würzburg, Westhoffstraße

22 a.

Nordwacht.

Politisch-satirisches Wachenblatt.

Preis 10 Pf. pro Nummer.

Die in diesem Jahre noch erschein-

den 6 Nummern sind gegen Ein-

sendung von 50 Pf. in Briefmarken

zu beziehen vom Verlag der „Nord-

wacht“, Bremen 11. Solv. Ver-

treter an allen Orten gesucht.

von dem man meint, daß er längst ausgestorben ist — kann man angenehmer reisen, als auf der Strecke der Lübeck-Büchener. Zum mindesten sollte man auf das Publikum soviel Rücksicht nehmen, es nur in lauberen Wagen zu befördern. Wir möchten der Direktion empfehlen, sich einmal auf den dänischen Bahnen umzusehen und die musterhafte Sauberkeit der dortigen Wagen auf ihre Strecken zu übertragen.

Handelsregister. Am 12. November 1910 ist eingetragen die Firma: Dänischburg, Industrie-Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Lübeck. Gegenstand des Unternehmens: Die Herstellung industrieller Waren, der Erwerb und die Verwertung von Grundstücken, sowie der Betrieb aller sonstigen Handelsgeschäfte. Stammkapital: 135 000 Mk. Geschäftsführer: Paul Junke, Kaufmann in Hamburg. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Der Gesellschaftsvertrag ist am 2. November 1910 festgesetzt. Die Gesellschafterin Firma W. von Harlessen u. Co. mit beschränkter Haftung in Hamburg macht als Einlage ein durch Patent oder Musterrecht noch nicht geschütztes Geheimverfahren zur Erzeugung von Mineral- und Fruchtsäften. Der Wert dieser Einlage ist auf 115 000 Mk. festgesetzt. Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen in „Deutschen Reichsanzeiger“. Am 14. November 1910 ist eingetragen die Firma: Friedrich W. Augustin in Lübeck und als deren Inhaber der Kaufmann F. W. Augustin in Lübeck.

Die diesjährigen Herbstkontrollversammlungen in Lübeck finden im Restaurant „Bockenhof“ (Burgfeld) statt: Am Donnerstag, dem 17. Novbr., vorm. 9 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1908. Am Donnerstag, dem 17. Novbr., vorm. 11 Uhr, für sämtliche Mannschaften der Infanterie (ausschließlich Krankenträger) der Jahresklasse 1904.

Sankttheater. Über das am 17. November beginnende Gastspiel des Wiener Kunsttheaters schreibt anlässlich des Berliner Gastspiels, unser Zentralorgan, der „Vorwärts“: „Im Thalia-Theater hat das Wiener Kunsttheater sein vorläufig auf vierzehn Tage berechnetes Gastspiel mit Ludwig Anzengruber's Bauernkomödie „Doppelpelz und Morb“ eröffnet. Dies Unternehmen ist in zweifacher Hinsicht bemerkenswert. Einmal, weil es vorwiegend in den Dienst der dramatischen Muse des unerschrockenen größten Volksdichters Österreichs gestellt ist; und zweitens um Karl Langkammer's, seines künstlerischen Leiters willen, dem ein bedeutender Ruf als eminenten Bühnenpraktiker vorausgeht. Was sofort bei der Aufführung dieser nicht gar tief schürfenden und fälschlicherweise gestalteten nichts desto weniger doch an köstlichen Schönheiten reichen Pöffe wohlthuend auffällt, ist die Feinheit der Regie, ihrer freilich auch nicht benötigten, teuren gerade die verborgenen poetischen Werte voll in ihre Erscheinung. Überall verrät sich eine meisterhafte Inszenierungskunst. Trefflich gelang der zweite Akt. Ein besonderes Glanzstück war das Kutschker-Quartett. Es steht nicht bei Anzengruber. Was er einer Person in den Mund gelegt, hat Langkammer hier so ungemein komisch wie dramatisch wirksam drei Dörflerinnen zugeteilt. Im Ensemble treten zumeist gute Typen hervor. Erstreckt man vor allem, daß das satirische Element in der Darstellung sich der drastischen Komik gesellte.“ — Wir können den Besuch dieser Vorstellungen nur auf das wärmste empfehlen.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen, Mittwoch (Vusstag) bleibt das Theater geschlossen. Am Donnerstag findet die Premiere der hochinteressanten Opern-Oper „Madame Butterfly“ („Die kleine Frau Schmetterling“) von G. Puccini statt. Die neuen Dekorationen sind von dem Atelier des Herrn Professor Lütkeneyer in Coburg geliefert. — Am Freitag findet anlässlich der Freigabe Neuter-Feier ein einmaliges Gastspiel des berühmten Charakterkomikers Müller statt und zwar in der Titelrolle von Fritz Reuters Lebensbild „Dunkel Bräutigam“. Gottschalk schreibt im „Leipziger Tageblatt“ über Müllers „Dunkel Bräutigam“: „Sein Dunkel Bräutigam ist eine Figur voll Blut und Leben, eine Gestalt von urwüchsigem Frische und Natürlichkeit, die man immer wieder gern einmal über die Bühne schreiten sieht. Daß Reuters Werke zum Dramatisieren herausfordern, ist wohl schon jedem klar geworden, der sich in diesen Schatz gesunden, deutschen Humors versenkte. Herrscht doch in seinen Romanen mehr dramatisches Leben als in manchen für die Bühne ins Leben gerufenen Stücken der Neuzeit. Müller ist ein gründlicher Reuterkennner und warmer Reuterverehrer. Er hat aus dem Bräutigam ein Charakterbild geschaffen, das sich mit dem Bilde in „Mit mine Stromtid“ vollständig deckt.“

Stadthaus-Theater. Man schreibt uns: Am Donnerstag abends 8 Uhr gelangt Ernst Alberts erfolgreicher Schwank „Die Erbtante“ und hierauf die lustige Pöffe „Madame Florentin“ von Carl Görlitz zur nochmaligen Aufführung.

Stockelsdorf. Mit den bevorstehenden Gemeinderatswahlen beschäftigen sich eine sehr gut besuchte Volksversammlung von Männern und Frauen, die gestern abend im Lokale des Herrn Dose tagte. Genosse Stehling-Lübeck legte in 1 1/2stündiger Rede die Bedeutung der Gemeinderatswahlen und die Stellung der Sozialdemokratie hierzu auseinander. Seine Mahnung, bis zum Tage der Wahl eine rege Propaganda zu entfalten, fand lebhaften Beifall. Die Ausführungen wurden durch die Genossen G. Fick, O. Nickel, J. Bull, Westpheling und die Genossin Goers ergänzt. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie fand die Versammlung ihr Ende. — Als Kandidaten sind aufgestellt worden: Erbpächter H. Maas-Gr. Steinrade, Gärtner G. Niebach-Stockelsdorf, Kämer H. Fick-Gr. Steinrade, Kämer Fr. Kopreit-Stockelsdorf, Maurer G. Fick-Stockelsdorf und Brauer D. Nickel-Stockelsdorf. Erschmäner: Klempner G. Kühnfeld-Havensbusch, Schlosser Fr. Goers-Stockelsdorf, Fabrikarbeiter G. Schmidt-Stockelsdorf.

Schwartau. Die außerordentliche Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für das Fürstentum Lübeck findet am Vusstag in Schwartau, Gasthaus „Transvaal“ statt. Die Eröffnung erfolgt morgen 11 Uhr. Genossen und Genossinnen beteiligt sich zahlreich an den Verhandlungen. — Die Gemeinderatswahlen finden am Donnerstag nachmittags von 3 bis 7 Uhr statt. Mußt die kurze Spanne Zeit noch zur Agitation aus. Auf jede Stimme kommt es an; kein einziger darf der Wahlurne fern bleiben.

Warnsdorf. Eine sehr gut besuchte Volksversammlung fand am Sonntag hierselbst statt. Genosse Leu-Schwartau erklärte die Stellung der Sozialdemokratie zu den Gemeindegemeinschaften und den kommenden Wahlen. Bemerkenswert ist, daß es uns hier zum ersten Male gelungen ist, ein Lokal zur Abhaltung einer Versammlung zu bekommen. Daß der ausgebreitete Samen auf guten Boden gefallen zu sein scheint, bewies die nachfolgende Besprechung verschiedener Angelegenheiten in der Gemeinde und die Aufnahme einer Anzahl neuer Genossen sowie die Bestellungen auf den „Lübecker Volksboten“.

Bergeborn. Eine Flamme der Neuenammer Erdgasleitung, die am Montag morgen in Folge der starken Spannung der austretenden Gase an der Nordseite des Hochtopfes Eis gebildet, das eine der drei Flammen erstickte. Aus diesem Umfange braucht man nicht auf ein Nachlassen der Gase zu schließen, es handelt sich bei dieser Eisbildung vielmehr, wie bereits mehrfach erwähnt, um einen physikalisch leicht erklärlichen Vorgang. — Der Reiseverkehr von Hamburg nach der brennenden Erdgasquelle in Neuenammer nahm am Sonntag einen geradezu beängstigenden Umfang an. Er war erheblich größer, wie an den schönsten Pfingsttagen. Die Eisenbahnverwaltung ließ nicht weniger als 44 Extrazüge zwischen Hamburg und Bergeborn verkehren und auch diese waren nicht infolge der Anforderungen zu genügen. Die Lauenburger Dampfschiffe, welche etwa eine halbe Stunde von der Erdgasquelle entfernt eine Haltestelle haben, waren trotz zahlreicher Extrazüge bis auf den letzten Platz gefüllt. Damit die Bewohner der Stadt Bergeborn Gutes von der Sache haben, hatte die Landherrenschaft gestattet, die Ladengeschäfte am Sonntag von 4 Uhr bis 9 Uhr abends offen zu halten.

Hamburg. Die Vermissten der deutschen Bark „Schiller“. Dieser Tage berichteten wir, daß von der hier angekommenen deutschen Bark „Schiller“ in der Nordsee ein Mann über Bord geschlagen sei und daß die Insassen eines zur Rettung des Mannes abgegangenen Bootes, das aber bald darauf kenterte, möglicherweise ebenfalls ums Leben gekommen seien, trotzdem sich mehrere Fischdampfer in der Nähe der Unfallstelle befanden und auf diese zuhielten. Diese Befürchtung hat sich in ihrem vollen Umfang glücklicherweise nicht bestätigt. Wie ein gestern bei der Firma Rob. M. Stoman jr. aus Grimsby eingetroffenes Telegramm meldet, hat der dort angekommenen englische Fischdampfer „Scarborough“ vor dem kenterten Boot den Steuermann Krummklühler sowie die Matrosen Voigt und Winkler zu retten vermocht und hat sie jetzt in Grimsby gelandet. Der vierte von den Rettern aus dem Boot, der Matrose von Knorr, ist leider, ebenso wie der zuerst über Bord gespülte Matrose Weigel ertrunken.

Itzehoe. Rekognosziert. Der junge Mann, der sich in einem hiesigen Hotel erschossen hat, ist als der 21jährige stellungslose Kaufmann Heinrich Schulz, aus Kiel rekognosziert worden. Das schwer verletzte Mädchen, die 17jährige Anita Steffen, die ebenfalls aus Kiel stammt, hofft man am Leben erhalten zu können. In hinterlassenen Briefen haben beide mitgeteilt, daß sie wegen Liebeskummer gemeinsam aus dem Leben scheiden wollten.

Walsrode. Folgendschwere Explosion. In Bomitz explodierte während der Arbeitsruhe ein Schwärzpulver-Trockenhaut. Hierbei fand der Pulverarbeiter Frank aus Lehningen seinen Tod.

Neudorf. Eine Bluttat wurde Sonntag in dem benachbarten Westerrönfeld ausgeführt. Zwei dort an einem Bergnügen teilnehmende Kanalarbeiter wurden wegen ungebührlichen Betragens aus dem Lokal gemiesen. Der eine von ihnen, Robert Fuchs aus Leipzig, drang darauf mit dem Messer auf den etwa 50jährigen Landmann und Auktionator Johann Greve ein. Dieser wurde durch einen Stich in das Herz getötet. Sein ihm zu Hilfe eilender Sohn erhielt einen Messerstich in den Oberkörper und wurde lebensgefährlich verletzt. — Aberfall. In Flemhude wurde ein Kanalarbeiter von zwei anderen überfallen, niedergeschlagen und seiner Uhr beraubt. Die Täter wurden in Olenfeld verhaftet.

Sadersleben. Die eigene Tochter erstochen. Der Schuhmacher Wölkner in Spandel erschlug seine achtzehnjährige Tochter.

Ständesamtliche Nachrichten

vom 6. bis 12. November 1910.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.
30. Oktober. Versicherungs-Inspektor G. W. Heinze 31. Güterbodenarbeiter G. J. W. Maas. Tischler J. R. W. Langmaat.
1. November. Arbeiter G. C. H. Garber. Bäckermeister W. H. Reimer. Kutscher G. W. Reink. Eisenbahnbremsler F. Chr. U. Heintz. 2. Eisenbahn-Wagenschieber F. W. C. Johannson-Lamborg. Arbeiter F. H. J. Beyer. Arbeiter W. J. F. Dorendorf. Arbeiter G. W. C. J. Sarstädt. 4. Kassarrechnungsführer R. F. C. R. Frelje. 5. Elektromonteur J. H. F. Dürkop. 6. Schlosser G. W. Wagemann. Arbeiter F. K. C. Müller. Arbeiter J. C. M. Dühring. Arbeiter F. G. A. Bräusmann. 7. Zigarrenfabrikant G. W. Selmanson. Maler B. F. G. Butemandt. 8. Maurer Chr. F. Frank. Friseur Chr. F. B. Kieckermann. 9. Kaufmann F. F. W. Krüger. 12. Bahnarbeiter L. G. W. Langhans.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters.
1. November. Buchhalter G. L. W. Kriegl. Schmied F. H. Stahl. 2. Kaufmann M. Kleve. 3. Lehrer G. H. Köper. Arbeiter G. F. H. Schmügger. 4. Restaurateur F. D. Lühsdorf. Gärtner F. O. P. Spethmann. 5. Schmied N. A. Möller. Schmied P. K. W. Gärtner. 6. Fabrikarbeiter W. J. H. Grundt. 7. Mechaniker A. G. Jens. 8. Klempner G. W. J. Nowoldt. Laternenwärter D. R. C. Bielle. 10. Schlosser D. W. J. Benthien. 11. Milchfuhrmann G. H. F. Schröder. 12. Gärtner A. G. L. Gellmann.

Augeordnete Aufgebote.

7. November. Maurer J. H. L. Oldenburg in Herrsburg und H. G. E. Blank in Lüdersdorf. Arbeiter F. F. J. Th. Blüchahn und G. M. C. F. Pingel in Kosschade. Feuerwehrmann Th. W. A. Deuschmann und die Witwe A. J. F. Richard geb. Schmidt. 8. Hotelbesitzer G. J. A. Walter und M. C. M. Ehlers in Nuffe. Kaufmann A. F. G. M. C. Bieder und G. H. W. B. Deede. Schlosser F. H. W. Landon und G. W. A. Müller. Kapitän B. D. Grund und G. J. A. C. Mundt. Straßenbahnschaffner A. W. B. Brunner und M. A. Ullmann in Brunshaupten. Bäcker G. H. Heger und F. S. W. L. F. Meiert in Wittenburg. 9. Pastor J. Wittenbrock in Pattenen und D. A. G. A. Stannau in Stettin. Königl. Landmesser A. J. R. Haber in Altenkirchen und A. M. J. Koop. Schmied G. J. G. Glade und R. B. Wüthner in Schönböden. Schlachter F. G. C. J. Müller und F. A. Vars. 9. Kaufmann H. J. M. Berndt und S. A. M. Sandberg in Hamburg. Arbeiter Chr. Th. W. Wittmack und B. L. A. Meyer. 10. Bahnhofsarbeiter W. A. F. Stein und G. W. D. Wilken. Fabrikarbeiter W. G. H. Friedrich in Linden und A. S. D. Jäger in Stockelsdorf. 11. Arbeiter D. F. Jarp und E. Chr. Steffens, beide in Bommerby. Hilfsheizer G. A. H. Siemers und G. S. A. M. Gehre, beide in Hamburg. Seemannsdiener G. A. H. Stamp und L. M. J. Chr. Klempau. Lehrzuzugler J. Krawitz und G. C. Schäfer. Bäcker G. A. H. Roggenkamp und G. C. Speeken in Ahrensböhl. 12. Uhrmacher G. A. Siemer und D. H. F. Ahrens in Altr. Fuhrmann J. H. Frank und G. C. H. D. Wiltz.

Eheschließungen.
7. November. Friseur W. H. A. Schmidt und W. J. C. Dethloff. 8. Versicherungsbeamter W. J. C. H. Chr. Müller und M. S. R. Martens. 9. Kaufmann G. Chr. W. Weuthen und J. C. J. Rehson. 10. Maschinenbauer R. A. Berger und die geschiedene G. H. Schmidt geb. Lange. Arbeiter A. H. F. Meyer und E. M. D. Schoof. 11. Kaufmann A. F. W. Wolgast in Götterburg, und G. M. C. Karstadt. Techniker G. F. Peters in Offen a. R. und A. M. C. Meyer. Schulwärter G. H. R. Rutenberg und B. M. C. Bamann. Maschinist B. A. W. Humann und G. M. C. Jacobsen. Handlungsgehilfe R. D. H. Siem und A. M. Chr. Wöhl. 12. Arbeiter F. Th. A. C. Timm und G. C. M. Glasen. Güterbodenarbeiter G. J. H. Leopold und D. M. Chr. Markmann. Maurer G. A. H. Badsteeen und G. A. L. Schwarz. Arbeiter J. Tau und B. A. Schulz.

Sterbefälle.

4. November. Arbeiter G. Henze, 55 J. 5. Zimmermann J. F. W. F. Kettwich, 71 J. G. S. L. (genannt S. H.) geb. Rath (Ratje). Witwe des Arbeiters G. J. H. Grünmer, 86 J. 6. Kutscher C. F. Koop, 71 J. G. H. J. H. Schröder, 8 J. J. H. C. geb. Lampe. Witwe des Schiffszimmermannes J. J. A. Schmidt, 95 J. Enkel M. geborene Schlichting, Witwe des Erbpächters F. Chr. Volk, 87 J. 7. Ein totes Kind, B. Maler B. F. G. Butemandt. 8. M. C. Stegelmann, 78 J. J. L. geb. Biellh. Witwe des Steueramtsassistenten J. D. A. Maas, 55 J. G. H. Thormann, 2 M. G. J. A. Hinrichsen, 11 M. B. C. G. geb. Hopp. Ehefrau des Zimmermanns W. Chr. G. M. S. Hink, 88 J. M. geb. Hoffmann, Ehefrau des Schäfers F. H. Winkelmann, 89 J. (Fronstorf). 8. J. R. A. A. geb. Vogel, Ehefrau des Kaufmannes G. R. Stolker, 87 J. G. B. R. Walter, 7 M. G. C. G. M. geb. Kriess, Ehefrau des Arbeiters W. H. G. J. Kiebert, 44 J. 9. M. Chr. J. Reint, 8 Tg. M. C. Chr. geb. Fick, Ehefrau des Arbeiters B. H. F. Jacobs, 51 J. Malermeister G. Meyer, 88 J. 10. M. C. Winnenberg, 7 M. A. F. J. geb. Romik, Ehefrau des Rentenempfängers F. H. H. Nau, 68 J. 11. J. C. G. geb. Heidenreich, Witwe des Bäckermeisters A. H. C. Bremer, 80 J. 12. A. M. M. geb. Hinrichsen, genannt Soetje, Witwe des Kaufmannes A. C. Chr. Schmalfeld, 82 J.

Genossenschaftsbewegung.

Amliche Kreisstatistik und Konsumverein in Schöneberg. In Schöneberg werden von dem Polizeipräsidenten seit Jahren ebenso wie in anderen Orten Markt- und Ladenpreise für eine Reihe wichtiger Nahrungsmittel festgesetzt. Der rührige Direktor des statistischen Amtes Dr. Kuzinski fand nun, daß diese Festsetzung der Preise doch nicht genügend sei, da sie kein Urteil darüber ermöglicht, zu welchen angegebenen Preisen die Umsätze in der Hauptsache erfolgen. Er wandte sich daher, wie in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ bereits im 4. Jahrgang, Seite 747 mitgeteilt worden ist, an die Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgebung und traf mit dieser die Vereinbarung, daß deren Schöneberger Verkaufsstelle dem statistischen Amte regelmäßig die Umsätze in den einzelnen Artikeln spezifiziert nach den Preisen übermitteln. Im dritten Verwaltungsbericht der Stadt Schöneberg werden nun für das erste Jahr 1907 die Zahlen veröffentlicht. Sie ermöglichen einen interessanten Vergleich zwischen den Preisen auf dem Markte, bei den Krämer und im Konsumverein. Es zeigt sich dabei, daß der Konsumverein, der ja grundsätzlich nur gute Ware führt, durchaus keine Schmutzkonzurrenz beubet. Nur selten sind seine Preise niedriger als die niedrigsten Markt- oder Ladenpreise, dagegen bleiben auch seine höchsten Preise stets vielfach sogar sehr erheblich unter den höchsten Marktpreisen. Wenn man berücksichtigt, daß die Mitglieder des Konsumvereins am Jahresabschluss eine Rückvergütung von 5 bis 6 Prozent erhalten, so kommt man zu dem Ergebnis, daß sie in ihrem Verein auch nur das selbe zahlen, was sie im privaten Geschäft für die allerbilligste Ware zahlen würden, nur daß sie hier eben nicht Ausschukwäre bekommen.

Literarisches.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nummer 28 hat unter anderem folgenden Inhalt: Vom Kampf gegen die freie Jugendbewegung (Die Auflösung der Berliner Jugendorganisation). — Der Kampf um das Koalitionsrecht (Schluß). Von Wilhelm Schröder. — Drei Freunde (Schluß). Von H. Thurow. — Vom Schiffbau (Mit Illustrationen). Von Richard Woldt. — Über die Entstehung deutscher Städte. — Vom Kriegsschauplatz. — Aus der Jugendbewegung (Rheinpfalz, Dresden). — Die Gegner an der Arbeit usw.

Beilage: Jet riet ut. Aus dem Leben eines medlenburgischen Hüttejungen. Von Karl Olfonky. — Spiel- und Unterhaltungsabende im Jugendheim. Von Paul Schiller. — Im Spreewald (Mit Illustrationen). — Pflanzgenossenschaften. — Eine Wache bei Kap Horn. — Gedichte usw.

In Freien Stunden. Eine Wochenschrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Die Hefte 42-44 sind erschienen. Jede Woche ein Heft zum Preise von 10 Pf. Belegungen nehmen alle Kolporteurs und Expediteure entgegen. Probehefte kostenlos vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Die Reuter-Festschrift, herausgegeben von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, zur 100. Wiederkehr des Geburtstages ist erschienen. Ein gutes Bild des Dichters nach einem Gemälde von Wulff schmückt die Titelseite. Im ersten Artikel „Fritz Reuters Lebens- und Leidensgang“ wird eine lebendige Schilderung des Menschen Reuter und des furchtbaren Verbrechens gegeben, das die preußische Reaktion an ihm beging. Die Seite am Dichter Reuter, die dem Proletariat von heute am nächsten steht, hebt der Artikel „Politische und soziale Strömungen in Reuters Schriften“ hervor. Den Schluß machen die Artikel „Reuters Bedeutung für Sprache und Volkstum in der deutschen Literatur“ und „Die Bräutigam“, eingeleitet sind einzelne Reuter'sche „Läuschen“ und eine ergreifende Stelle aus seinem bedeutendsten, sozial tiefst grabenden Werke „Rein Hüsung“. Der Text ist mit zahlreichen Illustrationen versehen, deren Originale fast sämtlich in der Reich-Reuter-Ausstellung zu sehen sind. Auch das Faksimile eines in der Unterjochungshaft geschriebenen Briefes Reuters wird wiedergegeben. Das interessante Lebensbild kostet 20 Pf. und ist durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Zeitungsträger zu beziehen.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten Abdruck Jagald Johann es Stellung: Verleger: F. H. Schmarck, Druck: Friedrich Mener u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Carl Folkers
Möbelmagazin
 25 Marlesgrube 25.
 Vollst. Wohnungseinrichtungen.
 Selbstgefertigte Arbeiten.
 Größte Auswahl.
 Billigste Preise.
 Weltgehendste Garantie.
 Zimmereinricht. stets vorrätig.
 Lieferung frei Haus
 auf eigenem Möbelwagen.
 : Teilzahlung gestattet :
 Bei Barzahlung Rabatt.
 Gehe rote Lubeca - Rabattmarken.

Konkurs-Ausverkauf
 der noch vorhandenen Waren des
 Händlers **S. Hazan**
 Geversstraße 7.
 Eine Partie Damen- und Kinder-
 mäntel sowie Kleiderstoffe werden
 billigst abgegeben.
 Der Konkursverwalter: **Grünau.**
Herren, welche geneigt sind
 einem neu zu grün-
 denden Gesangsverein beizutreten,
 werden gebeten, am Mittwoch, d.
 16. d. Mts., abends 8 Uhr, zwecks
 Besprechung im Konzerthaus
 Heinrichshof zu erscheinen.

Zur Beantwortung
 der offenen Anfrage teilen wir mit,
 daß sich ein Teil der beschäftigten
 Arbeiter der Rakeburger Aktien-
 brauerei in den letzten Tagen in
 unsere Organisation aufnehmen ließ.
 Verband d. Brauerei u. Mühlenarbeiter
 Zahlstelle Lübeck.

Arbeiter-Bildungsverein.
 Lübeck.

Donnerstag, 17. Nov. 1910,
 abends 8 1/2 Uhr,
Vortragsabend.

Thema:
**Wirtschaftskrisen in alter
 und neuer Zeit.**
 Referent: Genosse Diez.
 Zahlreiche Beteiligung erwartet.
 Der Vorstand.

Achtung Arbeiter!
 Infolge des Bußtages findet unsere
Mitglieder-Versammlung
 am Donnerstag, d. 17. Nov.,
 abends 8 Uhr, statt.
 Tages-Ordnung:
 1. Ostarrösch.
 2. Verschiedenes.
 Ausgabe der Karte.
 Süher sind vorzuziehen.
 Der Vorstand.

Achtung Arbeiter!

Die
gemeinnützige Versammlung
 findet nicht statt.

NB. Anmeldung der Kinder zum
 Singen am Weihnachtsfeste findet
 Sonntag, den 19. November,
 5 Uhr nachmittags, im Gewerkschaftshaus,
 Johannisstr. 50-52,
 statt.

**Kranken-Unterstützungs-Bund
 der Schneider.**

Mitglieder-Versammlung
 am Donnerstag, den 17. Nov.,
 abends 8 1/2 Uhr,
 im Gewerkschaftshaus
 L. d. 1. Abrechnung 2. Vorstand-
 wahl 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen der
 Mitglieder ersucht
 Die Ortsverwaltung.

H. Eschen L. Sauerhob
Gold's Restaurant
 Markt 4.

Für die Wäsche
 Zum Aufwaschen in der Küche

EPLIT

Allerbestes
 Wasch-Reinigungs-
 und Spülmittel.

1/2 Pfund 60 Pfg.
 1/4 Pfund 30 Pfg.

Vertreter: Otto G. Stahmer, Hamburg, Weidenallee 6/12.

Restaurant Gustav Ehlers
 Hüxstraße 110.

Ausspielen
 von
**fetten Gänsen, Karpfen
 und Rauchfleisch**
 auf einem Ziehbillard
 am Dienstag, 22. Novbr. 1910.
 Anfang morgens 10 Uhr.
 Einfaß 50 Pfg.
 Hierzu ladet freundlichst ein
Gustav Ehlers.

Ausspielen
 von
**fett. Gänsen, Karpfen
 und Rauchfleisch**
 auf einem Ziehbillard
 am Montag, 21. Nov. 1910
 Anfang 10 Uhr morgens.
 Einfaß 50 Pfg.
 Hierzu ladet freundlichst ein
H. Lexau, Röttcherstr. 10.

Verschießen u. Verspielen
 von
**Gänsen, Karpfen und
 Rauchfleisch**
 am Mittwoch, 16. Nov.
 Anfang 12 Uhr.
 Hierzu ladet freundlichst ein
Joh. Süfke
 in Rensefeld.

**Verschießen
 u. Ausspielen**
 von **fetten Gänsen, Karpfen
 und Rauchfleisch**
 am Donnerstag, dem 17. Novbr.
 Anfang 10 Uhr vorm.
 Einfaß 50 Pfg.
 Hierzu ladet freundlichst ein
Frau Gurke Ww., Stabenstr. 10-12.

Hotel Hamburger Hof
 Schwarzen.
 Am 16. Nov. (Buß- u. Bettag):
Verschießen
 v. **Karpfen u. Rauchfleisch**
 Hierzu ladet freundlichst ein
C. F. Lenkefeld.

Zentral-Hallen
 Dankwartstraße 20.
 Jeden Donnerstag:
Großes Tanzfranzöhen.
 Eintritt für Herren 25 Pfg., für
 Damen 10 Pfg., dafür Tanz frei.
H. Pagel.

Panorama
 Steinhilberstr. 53. I. u. II.
 Bon **Sammerfest**
 nach **Spießbergen** zur
Weltmann-Exhibition.

J. NEUMANN

CIGARREN-FABRIKEN
 BERLIN-BEGRÜNDET 1850-HAMBURG

GRAND PRIX
 und
Goldene Medaille
 BRÜSSEL 1910

Herstellung feinsten deutscher Cigarren
 in eigener Hamburger Fabrik

SPECIAL  **MARKE**
 FAVORITAS-84 CORTESIAS-154
 PRECIOSAS-104 INVICTOS-184
 JOEALES-124 CELESTIALES-254

Neu eröffnet:
 LÜBECK, HOLSTENSTR. 13-15

In 200 Niederlagen gleiche Qualität zu gleichen Nummern gleiche Preise.

Zentral-Verband der Zimmerer Deutschl.
 Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
 am Donnerstag, dem 17. ds. Mts.
 im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

- Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom Stiftungsfest.
 2. Weihnachtsfest.
 3. Kartellbericht.
 4. Vorstandswahl.
 5. Innere Verbandsangelegenheit.
 6. Verschiedenes.
- Um recht zahlreiche Beteiligung ersucht
 Der Vorstand.

Schmiedestr. 20. **Tonhalle.** Schmiedestr. 20.
Lichtspiel-Theater.

Für 20
 Kinder 10

Blumenzauber. — Italienisches Manöver. —
 Pathe Journal, Natur. — Gestohlene Stiefel. —
 Lieschens Puppe. — Tante Amalians Heirat. —
 Moritz will mit dem 5-Uhr-Zug fahren.
 Humor. — Ein Herz, das liebt, verzagt nicht. —
 Der gathezige Steuererheber. — In der Gewalt
 der Cäsaren, Dramen.

Bußtag geschlossen! Die Direktion.

Hansa-Theater

Eigentümer und Direktor: Fritz Rittschers Ww.
 Ab Donnerstag, den 17. November:
 Ensemble-Gastspiel des
Wiener-Kunst-Theaters.
: Anzengruber-Zyklus :
 Näheres die Anschlagssäulen u. die Annoncen
 in den Tageszeitungen am 15. November.

**Arbeiter-Kadfabrer-Verein
 Lübeck.**

Folgende Nummern sind als Ge-
 winne gezogen:

69	83	236	246	271	283
293	331	371	376	380	417
426	450	512	515	529	564
567	604	610	649	652	694
720	779	789	833	868	877
907	919	923	938	950	973
994	1004	1016	1021	1042	1057
1075	1090	1098	1116	1139	1178
1189	1216	1223	1228	1233	1237
1278	1296	1316	1348	1365	1403
1408	1415	1436	1440	1441	1454
1470	1481	1504	1509	1533	1538
1583	1599	1611	1613	1633	1638
1672	1675	1680	1721	1730	1743
1750	1753	1766	1841	1855	1860
1870	1872	1889	1906	1953	1974
1985	2001	2003	2009	2021	2058
2081	2089	2101	2112	2116	2124
2130	2164	2179	2201	2217	2278
2283	2318	2332	2360	2367	2401
2402	2405	2411	2419	2440	2444
2465	2477	2518	2519	2538	2552
2567	2569	2633	2637	2641	2643
2655	2657	2666	2677	2683	2704
2712	2720	2819	2851	2852	2876
2924	2942	2965	2971	2976	3028
3118	3209	3224	3319	3323	3361
3366	3374	3396	3399	3405	3415
3416	3428	3478	3557	3561	3582
3621	3657	3703	3715	3721	3779
3797	3816	3858	3893	3907	3914
3916	3924	3931	3933	3946	3952
4025	4103	4118	4160	4166	4186
4232	4269	4277	4310	4328	4434
4496	4522	4526	4538	4570	4590
4700	4709	4889	4908	4917	4944
4991	4993	5015	5022	5095	5158
5159	5166	5198	5212	5224	5236
5263	5266	5270	5296	5299	5337
5359	5400	5409	5425	5483	5486
5497	5505	5538	5548	5559	5560
5561	5562	5570	5641	5664	5668
5708	5720	5736	5766	5774	5790
5792	5814	5823	5904	5909	5910
5939	5940	5944	5953	5962	5982

Die Gewinne sind am Dienstag
 abend von 7 bis 9 Uhr, am Mitt-
 woch von 11 bis 1 Uhr mittags im
 „Gewerkschaftshaus“, Johannis-
 straße 50-52, später bei **J. Ressor,**
 Rottwischstraße 46, von 7 Uhr abends
 an abzuholen.
 NB. Gewinne, welche bis zum
 1. Dezember 1910 nicht abgeholt
 sind, verfallen der Vereinstafel.
 Der Vorstand.

Hansa-Theater

Heute Dienstag
 Abschieds-Gastspiel des Original-
Parisiana-Ensembles,
 mit den bekannten Schlagern:
Turigeheimnisse
 Schwant in 1 Akt von Neidhardt.
Verbotene Frucht
 Interieurstück in 1 Akt v. Provinz.
Ein wenig Musik
 Sketch in 1 Aufzug von Cronier.
Loos Nr. 33
 Schwant in 1 Akt von W. Ascher.
 Seit Monaten in Hamburg
 Tagesgespräch. In Berlin täglich
 vor ausverkauften Häusern.
 Vorzugskarten haben nur
 wochentags Gültigkeit.

Stadthallen-theater.
 Donnerstag, 17. Nov. Abds. 8 Uhr.
Die Erbtante.
 Schwant von Ernst Albert.
 Hierauf: **Madame Flott**
 Woffe von Görtig.
 Vorverkauf täglich in den bekannten
 Stellen bei **Nagel, Markt 14** und
Roß, Kohlmarkt 13.

Neues Stadttheater.
 Mittwoch (Bußtag): Geschlossen.
 Donnerstag, 17. Novbr. 7 1/2 Uhr.
 Den! Zum 1. Male! Neu!
Madame Butterfly.
 Roman einer Japanerin.
 Oper von Puccini.
 Freitag, 18. Novbr. 7 1/2 Uhr
Fritz-Reuter-Feier!
 Einmal. Gastspiel **C. W. Büller.**
Onkel Bräsig.
 Lebensbild von Fritz Reuter.